:antifaschistische nachrichten

Nr. 15

g 3336 30.7.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Antikriegstag Dortmund 2006

Dortmund stellt sich quer!

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Bundesweite antifaschistische Demonstration gegen Naziaufmarsch am 5. September 2009 in Dortmund. Nazidemo zurzeit verboten!

Zum 5. Mal in Folge wollen Faschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 5. September mobilisieren sie europaweit zu einem „nationalen Antikriegstag" in die Ruhrgebietsmetropole. Mittlerweile hat sich der Aufmarsch zu einem der wichtigsten Events der so genannten „Autonomen Nationalisten" bundesweit entwickelt.

In den letzten Jahren haben sich die Übergriffe auf Migranten und linke Jugendliche, auf linke Buchläden und Zentren, auf die Wohnungen von Antifaschist/innen gehäuft. Die Brutalität des geplanten Übergriffs von 400 Neonazis auf die 1. Mai-Demonstration des DGB, unter der vor allem kurdische und türkische Gewerkschafter zu leiden hatten, zeigt, in welchem Umfang und mit welcher Zielrichtung die Neonaziszene sich in Dortmund entwickelt hat. Die Ziele des 1. Mai wie die des Antikriegstages, der Kampf um Arbeiterrechte, um internationale Solidarität und Frieden sind ihnen zutiefst verhasst.

Die Nazis sagen, Dortmund sei ihre Stadt. Wir sagen: Niemals!

Polizei und Politik haben ihren Anteil am Erstarken der Rechten, indem sie das Problem seit Jahren verharmlosen. Und das, obwohl seit dem Jahr 2000 vier Morde auf das Konto der Neonazis gehen: 3 Polizisten wurden von dem Neonazi Michael Berger erschossen, der Punker Thomas Schulz von einem jugendlichen Neofaschisten erstochen. Die Polizei blieb ihrer Linie treu: Die Demonstrationen der Nazis ermöglichen, die antifaschistische Gegenwehr behindern.

Die Aufmärsche der Nazis zum Antikriegstag sind eine Provokation wie ihre Aufzüge am 1. Mai. Der Antikriegstag erinnert an den faschistischen Überfall der Nazis am 1. September 1939 auf Polen, der Beginn eines Raub- und Vernichtungskrieges, der die Welt in Brand steckte und über 50 Millionen Tote hinterließ. Bereits in den letzten Jahren zogen Neonazis mit der Losung „Nie wieder Krieg!" durch Dortmunds Straßen. Sie fügten hinzu: „Nach unserem Sieg!" – also dem Sieg des „Nationalen Sozialismus", des Nationalsozialismus.

Einer der Teilnehmer am Neonaziaufmarsch zum Antikriegstag 2006
Fotos: www.arbeiterfotografie.com



Die deutschen Neonazis stehen eindeutig in der Tradition der NSDAP. Sie bejubeln den beispiellosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit 17 Millionen toten Zivilisten ebenso wie die barbarische Massenvernichtung der Juden. Sie leugnen die Verbrechen der Wehrmacht und der SS. „Unser Großvater war ein Held!" stand auf einem ihrer Transparente.

Mit sozialer und antikapitalistischer Demagogie versuchen diese als "Friedensengel" zu punkten und zielen in Zeiten von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Existenzangst auf Menschen im Angesicht sozialen Abstiegs. Dagegen hilft Aufklärung über den Zusammenhang von Kapitalismus, Faschismus und Krieg. Kein Fußbreit den Geschichtsfälschern!

Uns Antifaschisten mit unterschiedlicher politischer Herkunft, mit unterschiedlichen Ideen und Ansichten, jung und alt eint der Schwur von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Ihm fühlen wir uns politisch verpflichtet. Wir verurteilen und bekämpfen die aggressive Kriegspolitik Deutschlands, der USA und der NATO ebenso wie die rassistischen, islamfeindlichen und antisemitischen Aktionen der Neonazis und den staatlichen Rassismus. Wir rufen alle Kriegsgegner und Antifaschisten auf, sich am 5. September an der Demonstration des Bündnisses „Dortmund stellt sich quer!" zu beteiligen.

Der Antikriegstag gehört uns! Bundesweite antifaschistische Demonstration des Bündnisses „Dortmund stellt sich quer!" Treffpunkt: 10 Uhr, Dortmund Hauptbahnhof

Erstunterzeichner: Professor Dr. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA); Felix Oekentorp, Sprecher Ostermarsch Rhein Ruhr und Sprecher des DFG-VK Landesverband NRW; Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete Partei DIE LINKE; Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete Partei DIE LINKE; Prof. Wolfgang Richter, Ratsmitglied der Stadt Dortmund für das Linke Bündnis Dortmund; Hendrijk Guzzoni, Stadtrat der Linken Liste in Freiburg; Mitglied des DKP-Parteivorstands

Inhalt:

Mit „Willi Weise" gegen den Zins

RIEDLINGEN. „Sind Sie auch nicht damit zufrieden, wie Deutschland regiert wird?", hieß es zu Beginn des Jahres in einer Anzeige im rechten Berliner Wochenblatt „Junge Freiheit". Potentielle Interessenten werden darin aufgefordert: „Werden Sie Bundestagsabgeordneter! Wir helfen Ihnen!". Die „Willi Weise"-Bewegung, die mit 299 Direkt-KandidatInnen zur Bundestagswahl antreten möchte, präsentiert sich als „Nichtwählerpartei" und fordert in einem Drei-Punkte Programm ein bedingungsloses Grundeinkommen, Volksentscheide und, parallel zum Euro, die Einführung eines sog. Realgeldes.

Als Kontaktadresse wurde eine Telefonnummer im württembergischen Riedlingen-Zwiefaltendorf und die Internetseite Williweise.de angegeben. Während „Willi Weise" eine imaginäre Person ist, verbirgt sich hinter der Telefonnummer eine reale Person. Otto Friedrich Schönbeck oder auch Friedrich von As wurde 1937 in der tschechischen Stadt As geboren. Nach einem Studium der Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Marketing arbeitete Schönbeck u.a. für den Springer-Verlag. Heute ist er Inhaber einer „Hohen Schule für creatives Management". In den 1970er Jahren war der Anhänger der „Freiwirtschafts"-Theorie des Sozialdarwinisten Silvio Gesell Vorsitzender der Kleinpartei „5 %-Block".

1974 erschien seine Schrift „Grünes Land – Brich die Macht des Geldes", die noch heute vom gleichnamigen Verlag Schönbecks vertrieben wird. Die Schrift wird von Schönbeck als „mystischer Text" bezeichnet, denn er sei nicht der Schöpfer des Textes, sondern „nur der Mitschreiber und Verkünder". In einem Interview mit dem „Muslim-Markt", in dem wiederholt Akteure aus der extremen Rechten zu Wort kommen, kritisierte Schönbeck 2007 den „Irrsinn des Zinseszins" und sieht „gewisse einflussreiche Kreise, die Deutschland für immer unter Druck halten wollen". Kritiker werden als „linke Irrläufer" oder „bezahlte Helfer des Großen Geldes" bezeichnet. In einem 1999 in der Zeitschrift „Stimme des Gewissens", Hausblatt des 2008 verbotenen neofaschistischen „Weltbund zum Schutze des Lebens" und des „Collegium Humanum", abgedruckten Text von Schönbeck kritisiert dieser die geplante Einführung des Euro und propagiert eine „naturgebundene neue dynamische Währungsstruktur", bei der „dem Geld ohne Zins Beine gemacht werden" soll. Im gleichen Jahr erschienen mehrere Beiträge Schönbecks in der Zeitschrift „Der Dritte Weg", die von den Gesell-Anhängern der „Freisozialen Union" (heute „Humanwirtschaftspartei") herausgegeben wurde.

Zurück geht das „Williweise"-Projekt auf das 2005 gegründete „Kuratorium Neue Demokratie e.V." in Berlin. Vorsitzender des Kuratoriums, dem neben Anhängern Gesells auch ein paar Mitglieder von ÖDP, IGFM, attac, Alpenverein,

Waerlandbund und ansonsten Vertreter diverser esoterischer Strömungen angehören, ist Schönbeck. Etwa 15.000 UnterstützerInnen will die skurrile „Williweise"-Bewegung, die gezielt Erwerbslosen- und Grundeinkommens-Initiativen anspricht, mittlerweile haben. Einige von diesen sind altbekannte Akteure der extremen Rechten. Wie z.B. Rüdiger Kahsner aus Hagen. Dieser hatte 2005 auf der Liste der NPD für den Landtag kandidiert. Auf seiner Webseite bewirbt er „Rudolf Heß Postkarten" und neofaschistische Zeitschriften. *hma* ■

„Vorfeldorganisation" in Gründung

DUISBURG. Das „riesige politische Vakuum, welches im bürgerlich-sozialen-wertkonservativen Lagers derzeit existiert", benötige eine „Vorfeldorganisation", heißt es in einer Anzeige der „Bürgerlich Sozialen Heimat Bewegung" (BB) in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit". Die BB soll die „theoretische Grundlage für die zukünftige Einheit aus Ideologie, Programmatik und Außendarstellung" bieten. Zunächst wolle man sich „außerparlamentarisch und rein mitgliederorientiert" aufstellen. Als Ziel wird die Gewinnung von 500 000 (!) Mitgliedern angestrebt. Die BB versteht sich als „überparteilicher Verein", der „für eine wertkonservative Politik" steht und „das Christentum" als „leitkulturelle Prägung der Gesellschaft" ansieht. Dabei will man „unabhängig von Parteiinteressen" und „durchaus politisch inkorrekt" Aufklärung betreiben.

Den politischen Gegner verortet die BB im linken und antifaschistischen Spektrum. Dazu hat man eigens eine „Arbeitsstelle Neufaschismus" eingerichtet, die eine erste Schrift zum „Linksfaschismus" veröffentlicht. In diesem Spektrum habe man eine „geheimdienstliche Unterwanderung" feststellen können. Auch von einem angeblichen „Geheimplan der Finanz-Kapitalisten" zur Schaffung einer Weltregierung ist dort die Rede. Inhaber der Webseite dieser ominösen „Bewegung" ist der Duisburger Andreas Akwara. Dieser hatte sich in der Vergangenheit mit einer „Bürgerbewegung Duisburg" versucht. 2007 gehörte er zeitweise dem Vorstand der sog. „Bürgerbewegung pro NRW" an.

hma ■

NPD-Veranstaltungen im Rheinland

STOLBERG/KREFELD. Die NPD-Fraktion im Rathaus von Stolberg will am 8. August eine Demonstration durchführen. Unter dem Motto „Wir wollen Arbeit und Lehrstellen!" will man um 12 Uhr in der Stolberger Altstadt starten. Als Redner wird u.a. NPD-Chef Udo Voigt angekündigt. Eine Veranstaltung mit NPD-Chef Voigt zur Kommunalwahl hat auch die Krefelder NPD angekündigt. Als ein möglicher Termin wurde der 29. August anvisiert

Zwei Redner und eine Musikgruppe hätten mittlerweile zugesagt, hieß es nach einer gemeinsamen Wahlkampftagung von NPDlern und „Freien Kräften" aus der Region, die Ende Juni in Krefeld stattfand. *hma* ■

Bundestagswahl: DVU und NPD treten gegeneinander an

BERLIN. Der Bundeswahlausschuss hat entschieden, dass 29 Parteien zur Bundestagswahl im September zugelassen sind. Im extrem rechten Bereich treten neben der neonazistischen NPD auch die DVU an. Eigentlich wollte nur die NPD kandidieren, doch nachdem sie den so genannten „Deutschlandpakt" mit der Volksunion gebrochen hatte, kündigte die DVU an, ebenfalls ins Rennen zu gehen.

DVU-Chef Matthias Faust hatte der NPD zuvor ein Ultimatum gestellt: Entweder die Partei gehe auf einen DVU-Vorschlag ein, oder die Volksunion könnte selbst zur Bundestagswahl antreten – was der NPD eine ganze Menge Geld kosten könnte, wenn Stimmen verloren gehen, für die die Neonazis sonst öffentliche Gelder kassieren würden.

Die NPD sei unter ihrem Vorsitzenden Udo Voigt „nicht nur zur vertragsbrüchigen Fraktion geworden", wetterte DVU-Chef Matthias Faust. Mit dem Kurs des jetzigen Vorstands habe „sie auch keinerlei politische Zukunft". Schon bei der Bundestagswahl werde sich das zeigen, tönte die DVU, die in dem „Bundestagswahlkampf darstellen [will], wie moderne rechte Positionen aussehen". Dazu werde die Partei ihren Internetwahlkampf noch weiter ausbauen. Vor Ort werde man „dort agieren, wo uns das möglich ist", gibt man sich zumindest realistisch. Das Hauptziel sei aber der Wiedereinzug der DVU in den Brandenburger Landtag. Aber auch dort bringt die Partei kaum Anhänger auf die Straße, jüngst waren es rund zwei Dutzend.

Faust erneuerte sein Ziel, eine neue Partei zu gründen: „Ich gehe davon aus, dass Udo Voigt politisch keine Zukunft hat. Im nächsten Jahr werden wir mit politikfähigen Nationaldemokraten und Anhängern anderer Gruppierungen zu einer

politischen Gemeinsamkeit finden, die unser Land so bitter benötigt."

Die NPD hatte den sogenannten „Deutschlandpakt" mit der DVU gebrochen, als sie ihren Antritt bei der Landtagswahl in Brandenburg ankündigte. Zuvor hatte die NPD der DVU bereits die Kandidatur in Thüringen abgenommen.

http://npd-blog.info/2009/07/17/bundestagswahl-dvu-und-npd-treten-gegeneinander-an/ ■

„Keine Schmutzwahlkämpfe zu Lasten von Migranten"

HANNOVER. Der Runde Tisch türkischer Migranten (RTTM) in Hannover hat gemeinsam mit dem DGB eine Erklärung formuliert, mit der sich Kandidaten und Parteivorsitzende sich vor der Europawahl zu einem fairen Wahlkampf verpflichten. Das bedeutet u.a. den Verzicht „auf Diffamierungen sowie ehrverletzende Bemerkungen", den „Respekt für die politischen Mitbewerberinnen/Mitbewerber", einen Wahlkampf der „nicht zu Lasten von Minderheiten" geht und „Vorurteile über und Stigmatisierungen von Migrantinnen/Migranten" vermeidet.

Mit dieser Initiative wollen die Initiatoren Schmutzwahlkämpfe zu Lasten von Migranten oder anderer Bevölkerungsgruppen, wie sie in der Vergangenheit schon geführt wurden, möglichst vermeiden. Zur Beobachtung des Wahlkampfes haben RTTM und DGB den ehemaligen Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg gewonnen. Er hat zugesagt, bei kritischen Fragen als „Schiedsrichter" zu agieren. Seine Kritik am Auftreten einzelner Parteien oder Kandidaten werde gegebenenfalls auch öffentlich gemacht.

Dem Fairnessabkommen wurde von folgenden Kandidaten/innen bzw. Vorsitzenden zugestimmt: Kandidaten/innen: Bernd Lange (SPD), Burkhard Balz (CDU), Jan Philipp Albrecht (Grüne), Sabine Lösing (Linke), Vorsitzende: Walter Meinhold (SPD); Brigitte Deyda (Grüne), Claudia Winterstein (FDP), Achim Meyer-Heithuis (Linke). Noch offen: Gesine Meißner (FDP); Dirk Toepffer (CDU).

Unterstützt wird dieses Fairnessabkommen u.a. von Kargah e. V. , Paritätischer Wohlfahrtsverband Hannover, Janusz-Korczak-Verein, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Netzwerk Flüchtlingshilfe und Menschenrechte, BTEU Türkische UnternehmerInnen Verband, Migrationsausschuss ver.di. Remzi Kocak, der Koordinator des RTTM: „Wir wollen die Kandidaten und die Parteien mit dieser Selbstverpflichtung daran erinnern, dass Wahlkämpfe nicht auf unserem Rücken ausgetragen werden dürfen."

Sebastian Wertmüller vom DGB betont, dass man sehr erfreut sei, dass aus allen demokratischen Parteien positive Rückmeldungen zu bekommen waren: „Wir werden diese Initiative etwas langfristiger auch zu den Bundestagswahlen auflegen und hoffen da auf eine ähnlich eindeutige Haltung. Insbesondere hoffen wir, dass unser ‚Schiedsrichter' möglichst nicht tätig werden muss."

Quelle: Pressemitteilung DGB/RTTM (Runder Tisch Türkische Migranten) ■

Wahlparteitag der Linkspartei fordert konsequenteres Vorgehen gegen Neonazis

Im Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE am 20./21. Juni in Berlin zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes wird im Abschnitt 4.5 („Den Feinden der Demokratie entschieden entgegentreten") ein noch konsequenteres Vorgehen gegen Fremdenhass, Faschismus, Antisemitismus und Rassismus gefordert. Die Linke verlangt, rechtsextreme Gewalt zu ächten, staatlich zu verfolgen und konsequent zu ahnden, das bürgerschaftliche Engagement gegen rechtsextreme Gewalt anzuerkennen und zu fördern, eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einzurichten und eine „Beauftragte des Deutschen Bundestages für Demokratie und Toleranz einzusetzen. Sie fordert, die NPD zu verbieten und dazu den Einsatz von V-Leuten der Verfassungsschutzämter innerhalb der NPD zu beenden, ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten. (Wortlaut des Wahlprogramms zur Bundestagswahl in der Beilage „DISPUT extra" von DISPUT Juli 2009)

Newsletter Die Linke — BAG Rechtsextremismus / Antifaschismus, Antifa aktuell 7 / 09 ■

Pro-Köln-Mahnwache mit „neuer Kraft"

KÖLN. Die Mahnwache der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro Köln" vor dem Rathaus am 23.7. mit etwa 20 Teilnehmern dauerte gerade einmal eine halbe Stunde und damit eine ganze Viertelstunde länger als die eigentliche Sitzung innerhalb des Rathauses.

Dass die Mitglieder von „pro Köln" nicht schon längst vor Gram im Boden versunken sind, hat wohl nur einen einzigen Grund: Sie neigen zur grenzenlosen Selbstüberschätzung. Spätestens am Tag darauf wird es in einer Presseerklärung der pro-Bewegung heißen, die Mahnwache sei ein phänomenales Zeichen gegen Islamisierung gewesen, an der sich etwa 100 Bürger beteiligt hätten. Dabei war es wie bei allen anderen pro-Köln-Veranstaltungen auch eine einzige Lachnummer: Etwa 20 Personen schwenkten Deutschlandfahnen umher, streckten wie von Sinnen Anti-Moschee-Schilder in die Höhe und versuchten verzweifelt, sich mit Regenschirmen vor der erbarmungslos brennenden Abendsonne zu schützen. Auf der Gegenseite drückten ca. 50 Menschen ihren Protest gegen die rechtsextreme Propaganda der selbsternannten „Bürgerbewegung" aus. Nichts Neues und Weltbewegendes also – eben wie jedes Mal, wenn „pro Köln" vergeblich versucht, sich als seriöse Partei auszugeben. Um 17.30 Uhr hatte die Veranstaltung begonnen, um 18 Uhr war der Spuk auch schon wieder vorbei.

Interessant war lediglich die Tatsache, dass sich unter den Teilnehmern der Mahnwache offenbar Mitglieder oder Sympathisanten der italienischen „Forza Nuova" befanden – einer rechtsextremen



Partei in Italien, welche im Jahr 2008 bei den Parlamentswahlen 0,3 Prozent der Stimmen erreicht hatte. Dessen Vorsitzender Roberto Fiore wurde in den 90er Jahren per Haftbefehl gesucht, weil er im Namen der rechten Terrororganisation „Terza Posizione" einen Bombenanschlag verübt hatte.

Unter anderem arbeitete die rechte Partei in der Vergangenheit auch mit der deutschen NPD sowie mit unterschiedlichen rechtsradikalen Skinhead-Gruppierungen zusammen. Bei der pro-Köln-Mahnwache gegen den Moscheebau wurde jedenfalls stolz ein Plakat der „Forza Nuova" präsentiert.

Innerhalb des Rathauses, wo „pro Köln" für den Abend eine 10.000 Euro teure Sondersitzung des Stadtrates zum Ehrenfelder Moscheebau anberaumt hatte, ging es nicht weniger blamabel zu: Mit zwölf Minuten Dauer war dies wohl die kürzeste Sitzung in der Kölner Stadtgeschichte. Auf sämtliche Fragen der pro-Köln-Fraktion zum Bauprojekt konnte der Rat auf Grund der Sinnlosigkeit keine Antworten geben. Das einzige Mittel, das der Stadt bezüglich des Bauprojektes zur Verfügung steht, ist eine Rücknahme der Baugenehmigung. Dies komme jedoch ohnehin nicht in Frage, beton-

te die Sozialdezernentin Marlies Bredehorst. So musste die pro-Köln-Fraktion die Sondersitzung wohl oder übel beenden, ohne auch nur ein einziges erwünschtes Ziel erreicht zu haben – da konnte auch die rechtsradikale Unterstützung der neuen 0,3-Prozent-Kraft offenbar nicht weiterhelfen. Vielleicht hatte dies auch pro-Köln-Oberbürgermeisterkandidat Markus Beisicht schon vorausgeahnt: Er hatte sich erst gar nicht die Mühe gemacht, bei der Sitzung zu erscheinen.

http://ao-wipperfuerth.blogspot.com ■

Gilching wehrt sich erfolgreich!

Die kleine Gemeinde Gilching im Westen Münchens liegt in aller Regel nicht gerade im Zentrum der Aufmerksamkeit der hauptstädtischen Bevölkerung. Was sich am vergangenen Freitag dort abspielte, ist jedoch der Beachtung wert. So wurde der Ort von einer Gruppe Faschisten unter dem Mantel eines sogenannten „Freundeskreises Gilching" heimgesucht. Diese Gruppierung taucht regelmäßig mit eigenen Transparenten auf rechtsextremen Kundgebungen auf und ist mit einer Homepage vertreten. Der Zusammenhang zu Gilching wird darüber hergestellt, dass die maßgebliche Figur und Betreiber der Homepage mal in Gilching gewohnt hat. Erst nach seinem Umzug nach Gauting traute man sich nun auch im namensgebenden Ort aktiv zu werden. Anlass bildete eine Würdigung der Integrationshilfe Gilching, die sich um die schulische und berufliche Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bemüht. Mit den Slogans „Kriminelle Ausländer raus" und „Den multikulturellen Wahnsinn stoppen", sollten die Gilchinger gegen die Arbeit dieser Institution aufgehetzt werden. Immerhin zwischen 20 - 30 Faschisten folgten dem Aufruf ins Münchner Umland.

Dass die Strategie der Faschisten trotz der konsequenten Empörung der Gilchinger Bürger nicht vollkommen aussichtslos erscheint, wurde anhand der Reaktion des Bürgermeisters der Gemeinde deutlich. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat meinte in der ersten Reaktion in der *Süddeutschen Zeitung*, es sei das beste die Rechtsextremen zu ignorieren. Erst auf massiven Druck, der eiligst aus der Taufe gehobenen Initiative gegen Rechts Gilching unterstützte die Gemeinde eine Kundgebung am Friedenspfahl in Bahnhofsnähe. Noch bei dieser Kundgebung äußerte der Bürgermeister, die Gilchinger hätten nun ein hinreichendes Signal gesetzt, es sei daher nicht nötig, gegen die Naziaktion selbst vorzugehen.

Es war beruhigend zu sehen, dass sich die Mehrheit der ca. 500 Kundgebungsteilnehmer von dieser naiven und gefährlichen Auffassung nicht abhielten ließen, zum Ort der faschistischen Provokation am Gilchinger Marktplatz zu ziehen und den Nazis unmittelbar mitzuteilen, dass sie hier nicht erwünscht sind. Sowohl die Kundgebung wie auch die direkte Gegenaktion am Marktplatz war von dem getragen, was man gemeinhin als die „Mitte der Gesellschaft" versteht.

Auffällig war, dass besonders viele Familien mehr Zivilcourage bewiesen als der Bürgermeister. Die Auseinandersetzung um die Form des Protestes zeigt jedoch überdeutlich, dass es den Faschisten gelingen kann, allein durch ihr Auftreten die Zivilgesellschaft zu spalten. Es war ein Glück und aller Ehren wert, dass die Gilchinger Bevölkerung dieser Gefahr mit einer ungewöhnlich entschlossenen Haltung entgegentraten und die Nazis über die komplette Dauer ihrer Aktion so niederschrien, dass ihre Hetze nicht zu hören war.

Vorangegangen war eine intensive Auseinandersetzung in der Gilchinger Gemeindegesellschaft. So hatte das Christoph-Probst-Gymnasiums, dem Namen alle Ehre machend*, eine Menschenkette organisiert und vor dem Auftreten der Nazis am Marktplatz weiße Rosen durch jede Schülerin und jeden Schüler niedergelegt. Auf der Kundgebung am Bahnhof sprachen neben dem Bürgermeister die Geistlichen sowohl der evangelischen als auch der katholischen Kirche, ein Geschichtslehrer des angesprochenen Gymnasiums sowie eine Vertreterin der angegriffenen Integrationshilfe. Eine Vertreterin von Pax Christi erläuterte die Symbolik des Friedenspfahles. Die Initiative gegen Rechts will ihre Arbeit in Gilching fortsetzen. Gelänge dies, wäre es ein schönes Ergebnis eines schlimmen Anlasses.

Johannes Kakoures ■

* Christoph Probst gehörte der Studentengruppe an, die im Sommer 1942 unter dem Namen „Weiße Rose" Flugblätter gegen Hitler und das nationalsozialistische Regime verbreitete.

Neonazis wollen wieder in Halbe marschieren

Wie die Berliner Morgenpost vom 26. Juli 2009 berichtet, liegt jetzt doch wieder eine Anmeldung für einen Aufmarsch in Halbe vor. Zuletzt zogen die Neonazis vor zwei Jahren durch die symbolträchtige Gemeinde, knapp 50 Kilometer südlich von Berlin. Das Motto: „Ruhm und Ehre den deutschen Frontsoldaten und den europäischen Freiwilligen". Die Veranstaltung wurde für Sonnabend, den 14. November, um 12 Uhr angemeldet mit erwarteten 200 bis 400 Teilnehmern.

Die Hoffnung, dass die Neonazis ihr Interesse am „Heldengedenken" in Halbe verlieren, weil das Ritual der Kranzniederlegungen verboten wurde, scheint damit vorerst gestorben. Noch im November 2008 hatte eine Expertenkommission ein Konzept entwickelt, wie der Waldfriedhof den Rechtsextremen endgültig als Wallfahrtsort entrissen werden könnte. Die mit rund 24.000 Toten größte Kriegsgräberstätte Deutschlands soll demnach zu einem Ort historischer Aufklärung und Information werden – ohne Möglichkeiten für Großaufmärsche von Neonazis. Konkret empfahlen die Experten in ihrem 156 Seiten umfassenden Bericht eine dauerhafte „Open-Air-Ausstellung" auf dem zentralen Vorplatz des Waldfriedhofs. Diese soll über Hintergründe der Kesselschlacht in Halbe kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges, über Verbrechen von SS und Wehrmacht, insbesondere aber auch über die Heterogenität der begrabenen Toten informieren: Neben Wehrmachtssoldaten, Angehörigen der Waffen-SS und des „Volkssturms" auch Zivilisten, hingerichtete Wehrmachtsdeserteure, Flüchtlinge, osteuropäische Zwangsarbeiter, russische Soldaten und Häftlinge aus dem sowjetischen Internierungslager Ketschendorf.

Quelle: http://www.morgenpost.de/brandenburg/article1139445/ ■



LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW – erschienen.Schwerpunkt ist diesmal die Rezeption des 2000-Jahr-Jubiläums der „Varusschlacht". Unter dem Titel „Mythos Varusschlacht. Die Erfindung der deutschen Nation" spüren die AutorInnen der Entstehung des Herrmann-Mythos, der Rezeption in der extremen Rechten und der kulturindustriellen und politischen Bearbeitung im Jahr 2009 nach. Der Schwerpunkt wird abgerundet von einem Interview mit dem Historiker Tillmann Bendikowski. Neben dem Schwerpunkt beschäftigt sich die LOTTA u.a. ausführlich mit drei lokalen Szenen, in denen die „Autonomen Nationalisten" dominieren (Dortmund, Windeck und Unna).
Erhältlich ist LOTTA für 3 Euro in gut sortierten Buchläden, 4 Euro als Einzelexemplar per Post sowie für 13 Euro als Viererjahresabo. Näheres sowie Rabatte für WeiterverkäuferInnen siehe http://projekte.free.de/lotta. ■

Etliche Rechtsextreme im Europaparlament noch ohne Fraktion

(Fortsetzung aus AN 14-09)

„Die ‚Teufel' der BNP finden sich ohne Freunde in Europa wieder" titelte der britische Sunday Herald am 21. Juli dieses Jahres. (Vgl. http://www.sundayherald.com/news/heraldnews/display.var.2520786.0.bnps_devils_find_they_are_without_friends_in_europe_as_rightwing_bloc_fails_to_materialise.php) Unter dieser Überschrift berichtet die Zeitung darüber, dass es den beiden frischgebackenen Abgeordneten der British National Party im Europaparlament bislang nicht gelungen ist, Anschluss an eine Parlamentariergruppe in Fraktionsstärke zu finden. Dafür sind 25 Abgeordnete, gegenüber 20 Abgeordneten in der letzten Legislaturperiode (2004 bis 2009), erforderlich.

Die rechtsextreme Partei, die 1982 gegründet worden ist, konnte in diesem Jahr erstmals Einzug ins Europaparlament – und überhaupt zum ersten Mal in ein überregionales Parlament – halten, nachdem sie bei der Wahl Anfang Juni 6,2 % der britischen Stimmen erhielt. Dort ist sie schnell aufgefallen, nachdem ihr Parteichef Nick Griffin in einem Interview mit der BBC vom 8. Juli gefordert hatte, die Europäische Union solle – so wörtlich – „einige dieser Boote versenken", mit denen Migranten aus dem subsaharischen Afrika sich auf oft riskante Weise um Einreise nach Europa bemühen. Dies, so Griffin, werde die anderen vielleicht davon abhalten, die Überfahrt zu versuchen. (Vgl. http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/8141069.stm) Die durch diese Äußerungen ausgelöste „Schockwelle" löste ein Echo in den meisten europäischen Ländern aus.

Die wichtigsten offen rechtsextremen, rassistischen respektive neofaschistischen Parteien – unter ihnen die BNP – sind derzeit fraktionslos. Auch Ende Juli ist es ihnen noch nicht gelungen, genügend Mandatsträger auf einer gemeinsamen Plattform zusammenzubringen, um die Hürde zu überspringen. Deswegen sitzen derzeit die beiden BNP-Europaparlamentarier, Nick Griffin und Andrew Brons, ebenso auf den Bänken der fraktionslosen Abgeordneten wie etwa die drei Repräsentanten des französischen Front National (FN) in Straßburg und Brüssel: Jean-Marie Le Pen, Marine Le Pen und Bruno Gollnisch. Oder auch die beiden Vertreter der österreichischen FPÖ, Andreas Mölzer und „Regionalexperte" Franz Obermayr.

Insgesamt sitzen dort 26 Abgeordnete, die bislang noch keiner Fraktion angeschlossen sind. Aber nicht alle von ihnen sind Rechtsextreme, weshalb „die Fraktionslosen" sich nicht einfach zusammentun können – auch wenn es in der Vergangenheit ungewöhnliche Bündniskonstellationen gab, um dem Dasein als „fraktionslose Abgeordnete" zu entgehen. Dieses bringt so gut wie keine Vorteile, weder Geldmittel und Infrastruktur wie etwa eigene Büros (wie sie zur Fraktionsarbeit zur Verfügung gestellt werden) noch erweiterte politische Mitspracherechte. Vor diesem Hintergrund hatten im Hochsommer 1999 Emma Bonino und Marco Panella von der (linksliberalen, für ihre Provokationen bekannten) „Radikalen Partei" aus Italien ein Abkommen zur „technischen Zusammenarbeit" mit dem französischen FN abgeschlossen – ohne politische Gemeinsamkeiten, nur um an den begehrten Fraktionsstatus heranzukommen. Dieses Abkommen kam bei ihren eigenen Parteigängern in Italien jedoch ziemlich schlecht an. Im Augenblick dürfte keine politische Kraft im Europaparlament für vergleichbare „technische" Kompromisse mit der extremen Rechten zur Verfügung stehen.



Nick Griffin in Siegerpose nach der Europawahl

Während der 81-jährige Jean-Marie Le Pen, der seit 1984 im Europaparlament sitzt und dort der dienstälteste Rechtsextreme (und zweitälteste Abgeordnete überhaupt) ist, die Isolation eher gewöhnt sein dürfte, wären die FPÖ-Abgeordneten aus Österreich nur zu gern Teil einer Rechtsfraktion. Doch weder die Fraktion der „Konservativen und Reformisten" noch die andere Rechtsfraktion jenseits der Konservativ-Liberalen (oder ihrer Mainstreampartei, der Europäischen Volkspartei, EVP) – die Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie" – wollen bislang mit den österreichischen „Freiheitlichen" etwas zu tun bekommen, die an ihre Türe geklopft hatten. Ab Herbst 2009 will FPÖ-Vertreter Andreas Mölzer jedoch, so wird er durch Die Presse (Wien) zitiert, „einen neuen Anlauf nehmen". (Vgl. http://diepresse.com/home/politik/eu/495048/index.do)

Die „Konservativen und Reformisten" bilden eine Gruppe, die auf Betreiben der britischen Konservativen (Tories) hin gegründet worden ist und 55 Abgeordnete im Europäischen Parlament umfasst. Ihr gehören neben den Briten u.a. die polnische konservative Ex-Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) der Brüder Kaczynski, die tschechische „Bürgerplattform" ODS von Präsident Vaclav Klaus, die protetantisch-fundamentalistische ChristenUnie aus den Niederlanden sowie die belgisch-flämische Liste Dedecker (LDD) an.

Die Mehrzahl dieser Parteien eint ihr „euroskeptisches" Profil. Hingegen bildet die LDD aus Belgien eine neue rechtspopulistische Formation, die erst 2007 gegründet worden ist und stark auf die Person ihres Anführers zugeschnitten ist. Ihr politisches Profil ist bisher noch verschwommen, aber sie konnte dem rechtsextremen Vlaams Belang (der bei der diesjährigen Europawahl erstmals Boden einbüßte, und rund 9 Prozent der in Flandern abgegebenen Stimmen verlor) erfolgreich einen Teil seiner früheren Wähler abwerben. – Daneben hat die 30köpfige Abgeordnetenfraktion „Europa der Freiheit und Demokratie", EFD, ein eher rechtskonservatives, ebenfalls „euroskeptisches" Profil (vgl. ausführlich vorige Ausgabe).

Zu Anfang des Jahres hatten die rechtsextremen Österreicher noch Hoffnungen kultiviert. Am 31. Januar und 1. Februar 2009 hatte in Wien ein Treffen stattgefunden, das durch die FPÖ ausgerichtet worden war und an dem unter anderem der französische FN, die „Dänische Volkspartei" DFP, der Vlaams Belang aus Belgien und die bulgarische Ataka-Partei teilnahmen. Ein Europaparlamentarier der dänischen DFP (Mogens Camre) sicherte den übrigen Teilnehmer damals die Hilfe seiner Partei dafür zu, in eine Fraktion gemeinsam mit den Rechtskonservativen vergleichbar der damaligen „Union für ein Europa der Nationen" – der seine Partei seinerzeit angehörte – aufgenommen zu werden.

Nunmehr gehört die Dansk Folkeparti, DFP, der rechtskonservativen Fraktion „EFD" an. Hingegen gingen der Vlaams Belang und auch Ataka bislang insofern leer aus, als auch sie derzeit den Fraktionslosen im Europaparlament angehören.

Bernhard Schmid, Paris ■

Die alltägliche Islamphobie fordert ihr erstes Todesopfer

1. Der Mord im Dresdener Landgericht

Die in der bundesdeutschen Bevölkerung weit verbreitete Islamophobie hat jetzt ein erstes Todesopfer gefordert. Alexander W. tötete die Muslimin Marwa E. in einem Dresdener Gerichtssaal aus rassistischer Motivation. Bereits vor einem Jahr beschimpfte Alexander W. die Dresdener Apothekerin auf einem Spielplatz als „Islamistin" und „Terroristin". Das Opfer nahm die Äußerungen nicht hin und erstattete Anzeige wegen Beleidigung. Daraufhin wurde Alexander W. deshalb zu einer Geldstrafe von 750 Euro verurteilt. In der Verhandlung, wo es um die Berufung des Täters ging, giftete er zunächst: „Haben Sie überhaupt ein Recht, in Deutschland zu sein? Sie haben hier nichts zu suchen." Dann brüllte und drohte er, „wenn die NPD an die Macht kommt, ist damit Schluss. Ich habe NPD gewählt"

Dann stach er mit einem mitgebrachten Messer 18 Mal auf die Klägerin ein, die sofort im Gerichtssaal verstarb. Dann kam ein Wachmann hinzu und schoss mit seiner Dienstwaffe auf den Ehemann von Marwa E. – nicht auf den Täter.

In einer gemeinsamen Erklärung äußerten die Verbände im Koordinationsrat der Muslime (KRM) tiefe Betroffenheit über den rassistischen und islamophoben Mord von Dresden:[1] „Marwa ist das bisher tragischste Opfer unserer muslimischen Schwestern, die unter Demütigungen, Verdächtigungen und Diskriminierungen zu leiden haben. Marwa ist auch Opfer der Hetze und Verleumdungen, die spätestens seit der Zeit der Entscheidung zum Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und auf einschlägigen Internetseiten betrieben wird. Die insbesondere an ihrer Bekleidung erkennbaren muslimischen Frauen sind unterdessen weitgehend gesellschaftlich und menschlich abgewertet. Wir rufen jetzt alle Muslime auf, in ihren Schweigemärschen unserer ermordeten Schwester friedlich trauernd zu gedenken. Wir appellieren an das Gute und die Gerechten in unserem Land, dass jeder an seinem Platz für die Liebe unter den Menschen und die Achtung vor der Glaubensüberzeugung jedes Einzelnen werben möge. Marwas Tod hat uns in Angst und Schrecken versetzt. Die Politik muss endlich die Islamphobie in unserem Land ernst nehmen".

2. Das Islambild nach den Anschlägen vom 11.9.2001

Seit den Terroranschlägen vom 11.9.2001 auf die Zwillingstürme des World Trade Centers und das Pentagon gewann das Thema Islam in der BRD eine besondere Bedeutung. Viele bürgerliche Medien versuchten mit Bildern im Posterformat und riesigen Schlagzeilen über Terror, Krieg oder sogar Stoßgebeten[2] die Emotionen des Lesers anzusprechen. Ein Beispiel dafür ist die Titelschlagzeile in die „Die Woche", wo es heißt:[3] „Angst vor dem Flächenbrand. Weltkrieg des Terrors. Der perfide Angriff auf die USA ist das Fanal für eine neue Form blutiger Konfrontation - auch die Deutschen können Opfer der Gewaltspirale werden."

Außerdem wusste die Zeitung zu berichten, dass „die Terrorgruppe Al-Gama'a al-Islamiyya" aus Ägypten drohte:[4] „1 Milliarde Muslime stehen bereit, um ihre Körper in Bomben zu verwandeln."

Das Öffentlichkeitsbild des Islam wurde in der Folgezeit auf Negativ- und Fremdbilder reduziert, Muslime wurden generell dem Verdacht ausgesetzt, die westliche Zivilisation und das christliche Abendland vernichten zu wollen. Die These von Samuel P. Huntington, dass die Konflikte des 21. Jahrhunderts durch kulturelle Differenzen entstehen, hatte Hochkonjunktur.[5] Der Grundtenor in den Medien lautete, dass Muslime gewaltbereit wären und der angebotene Dialog lediglich eine Täuschung sei. Die Muslime seien nicht in der Lage, sich von den Gewaltdimensionen des Islams zu befreien, da der Islam keine Aufklärung im westlichen Sinne durchlaufen hat. Die Tendenz in vielen Medien, die muslimische Religion mit der Bereitschaft zur Gewaltanwendung und mit Terrordrohungen gleichzusetzen, beeinflusste in einem starken Maße die öffentliche Meinung. In einem Freund-Feind-Denken wurde der Islam zu einer undifferenzierten Einheit homogenisiert, der nach der Weltherrschaft streben würde.[6]

U. Kural betont in seinem Buch „Antiosmanische Propaganda" zu Recht, dass das Feindbild Islam seit den Kreuzzügen bis zu den Konflikten mit dem Osmanischen Reich immer vorhanden war. Das Feindbild brauchte nur aus dem kulturellen Gedächtnis hervorgeholt werden.[7]

3. Islamophobe Einstellungsmuster in der deutschen Mehrheitsbevölkerung

Seit den Anschlägen in den USA hat sich die gesamte Weltpolitik verschoben, die Wahrnehmung des Islams hat eine neue Dimension erfahren. Das in der BRD vorherrschende Bild des Islam ist von tief sitzenden Stereotypen und Vorurteilen bestimmt. Der Theologe Thomas Naumann bemerkt, dass der Islam „gewissermaßen als Gegenbild europäischer Werte, nicht erst seit den Anschlägen vom 11. September, sondern schon im Verlauf einer langen Geschichte europäisch-orientalisch/ islamischer Beziehungen, die bis ins frühe Mittelalter zurückreichen"[8] Der Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, Wolfgang Benz, stellt die Behauptung auf, dass das Feindbild Islam in öffentlichen Debatten reproduziert wird:[9] „Das auf Ressentiments gegründete, mit Stereotypen agierende, verbreitete Ängste instrumentalisierende Feindbild hat sich auf einem politisch-sozialen Aktionsfeld etabliert, das Impulse von Moscheebau-Projekten, aus Debatten über Kopftuch und Zwangsehe, über die von Aufgeregten und Fanatikern beschworene und von Geängstigsten geglaubte Gefahr einer Islamisierung Europas enthält."

Diese Thesen lassen sich auch anhand von Umfrageergebnissen empirisch nachweisen. Mehr als die Hälfte der im Rahmen der Studie „Muslime in Deutschland" im Jahre 2006 befragten Jugendlichen gehen von einer Forderung nach Assimilierung aus; „sofern Ausländer dem nicht entsprechen, befürworten diese Befragten, dass solche Zuwanderer das Land wieder verlassen sollten.[10] Die Studie kam ferner zu dem Ergebnis, dass über 17 % der einheimischen deutschen Jugendlichen Menschen muslimischen Glaubens mit Intoleranz und gar Gewalttätigkeit in ausgeprägter Form begegnen. Eine weitere Befragung fand heraus, dass sich 39 % durch die Anwesenheit von Muslimen „wie Fremde im eigenen Land" fühlen, 29 % sind der Meinung, Muslimen solle die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.[11] Laut einer im Jahr 2006 durchgeführten Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vertraten 56 % der Befragten die Ansicht, es herrsche „zurzeit ein Kampf der Kulturen".[12]

4. Antiislamische Agitation

In den letzten Jahren vollzieht sich in der öffentlichen Debatte eine Kulturalisierung gesellschaftlicher Fragen, die sich um Zuwanderung, Integration sowie allgemein um die multikulturelle Gesellschaft drehen. Dabei erfolgt keine Differenzierung zwischen einer Glaubensrichtung und einem religiös ummantelten politischen Terrorismus. Insbesondere mit „Moscheebauten" hat man ein Thema gefunden, das symbolträchtig für die Kulturalisierung sozialer und politischer Problemlagen steht. Erste Wahlerfolge mit einem solchen antiislamisch ausgerichteten Rechtspopulismus erzielte die „ Bürgerbewegung pro Köln" mit lokalen Kampagnen gegen einen Moscheebau im Stadtteil Ehrenfeld. Dieser kampagnenorientierte Rechtspopulismus versucht – besonders im kommunalen Rahmen – dort anzusetzen, wo vorhandene Ängste und Vorurteile politisch instrumentalisiert und rassistische Deutungsschemata durchgesetzt werden können. Die in der politischen Öffentlichkeit undifferenziert und zugespitzt geführten Debatten um die Themenfelder Islam, Islamismus und Terrorismus wurden von Pro Köln zu einer „Antiislamisierungsbewegung" umgewandelt. Das Statement des Pro-Köln-Aktivisten Daniel Schöppe zum geplanten Islamunterricht an deut-

Kommunalwahl 2009:
„pro Köln“ kandidiert flächendeckend, NPD in vier Wahlbezirken

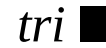
KÖLN. Nach der vor wenigen Tagen erfolgten Entscheidung des Kreiswahlausschusses steht so gut wie fest, welche Parteien und Bewerber(innen) bei den am 30. August stattfindenden Kommunalwahlen kandidieren werden. Auf der äußersten Rechten sind das zum einen die Rassisten von pro Köln, die in allen 45 Wahlbezirken Kandidat(inn)en aufgestellt haben. Sie treten mit Markus Beisicht auch zur Direktwahl des Oberbürgermeisters an.

Allen anderslautenden Gerüchten zum Trotz, steht die NPD weder beim Kampf um das Amt des Oberbürgermeisters noch in den meisten Wahlbezirken zur Wahl. Sie kandidiert ausschließlich in den 4 rechtsrheinischen Wahlbezirken 36 (Mülheim II), 43 (Humboldt-Gremberg II/Vingst), 44 (Höhenberg/Merheim) und 45 (Ostheim/Neubrück). Interessant ist ihre Kandidatur in diesen Bezirken insofern, als es sich dabei in allen Fällen um Stadtteile handelt, in denen die Menschen in hohem Maß von Arbeitslosigkeit und Verelendung betroffen sind. Offensichtlich erhoffen sich die Neonazis, dass ihre soziale Demogogie dort auf fruchtbaren Boden fällt. Zur Wahl der Bezirksvertretungen tritt pro Köln flächendeckend in allen Stadtbezirken an, die NPD muss sich auf die Stadtbezirke 1 (Innenstadt/Deutz), 9 (Mülheim) und 8 (Kalk) beschränken. Bei den letzten Kommunalwahlen konnte pro Köln in alle Bezirksrathäuser einziehen, die NPD errang einen Sitz im Stadtbezirk Kalk.

Inhaltlich ist der Wahlkampf von pro Köln in erster Linie von Rassismus in Gestalt von antiislamischer Hetze geprägt. OB-Kandidat Beisicht wirbt auf Plakaten für sich als den „OB gegen die Moschee“ und der Text eines der drei anderen pro Köln-Plakate lautet: „Mer losse de Dom in Kölle und die Moschee in Istanbul“. Auch der Slogan „Intensivtäter abschieben“ richtet sich speziell gegen Migrant(inn)en, indem der Eindruck erweckt wird, bei Straftäter(inne)n handele es sich in erster Linie um Menschen ohne deutschen Pass, die man abschieben könne, um das Problem der hohen Kriminalitätsrate zu lösen. Auf ihrem vierten Plakat fordern die Rechten dazu auf, die „Korruption ab(zu)wählen“. Dagegen wäre wenig einzuwenden, erinnerte die Parole nicht an das sprichwörtliche Steine werfen im Glashaus: Gerade die damalige Ratsfraktion der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, der Vorläuferorganisation von Pro Köln, der u.a. Rouhs und Beisicht angehörten, hatte sich ganz besonders in der Verschwendung von Steuergeldern hervorgetan. Sie wissen also durchaus, wovon sie sprechen.



Allerdings beschränken sich die Rassist(inn)en nicht auf Plakatwerbung. „Höhepunkt des Straßenwahlkampfes“ sollen vier öffentliche Kundgebungen werden, die am Freitag, dem 14. August um 18.00 Uhr auf dem Roncalliplatz, sowie am folgenden Tag um 10.00 Uhr auf dem Liverpooler Platz in Chorweiler, um 13.00 Uhr auf dem Wiener Platz und um 16.00 Uhr vor dem Bauplatz der neuen Moschee an der Venloer Straße in Ehrenfeld stattfinden sollen. Vermutlich werden sich auch wieder Antifaschist(inn)en an diesen Auftritten beteiligen, um zu zeigen, was sie von der Hetze gegen Migrant(inn)en halten.

tri 

---

schen Schulen steht stellvertretend für rassistische Zuschreibungen:[13] „Der Staat schafft nur die organisatorischen Voraussetzungen des Unterrichts, er hat keinen Einfluss auf die Inhalte. (…) die islamische Lehre bleibt in ihrem Geiste nach in Teilen grundgesetzwidrig. (…) Wir sehen eine Bedrohung des Rechtsstaates und des inneren Friedens, wenn man zwischen Rhein und Ruhr zehntausende Kinder und Jugendliche täglich mit einer stellenweise totalitären und gewaltverherrlichenden Polit-Religion indoktriniert.“

Die extreme Rechte streitet untereinander um die Vorherrschaft auf das Kampagnenthema Moscheebau. Die „Republikaner“ und die NPD in NRW haben Kampagnen gegen Moscheebauprojekte gestartet. Selbst die militante, in „Kameradschaften“ organisierte Neonazi –Szene in NRW springt auf diesen Zug auf und führt Anti-Moscheebau- Kampagnen durch.

Leider ist Micha Brumlik zuzustimmen, wenn es feststellt:[14] „Ich bin der festen Überzeugung, dass die Auseinandersetzung über den Islam das zentrale semantische Feld in der Auseinandersetzung des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Gesellschaft in der BRD in den nächsten Jahren darstellen wird.“ Dann wäre es nur noch eine Frage der Zeit, bis sich weitere islamophob motivierte Morde in der BRD ereignen werden.

Michael Lausberg ■

5. Literatur

Ates, S.: Das Islambild in den Medien nach dem 11.September 2001, in: Butterwegge, C./Hentges, G. (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration, Wiesbaden 2006, S. 151-170

Benz, W.: Vorwort, in: Ders. (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 17, Berlin 2008, S. 9-16

Bild vom 13.9.2001

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Berlin 2007

Die Woche vom 14.9.2001

Häusler, A./Killguss, H.-P. (Hrsg.): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008, Köln 2008

Heitmeyer, W./Mansel, G.: Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände, Frankfurt/Main 2007, S. 13-35

Huntington, S.P.: Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1996

Kural, U. Imago Turci – Antiosmanische Propaganda, in: Reulecke, J. (Hrsg.): Spagat mit Kopftuch, Hamburg 1997, S. 27-34, hier S. 27f

Naumann, T.: Feindbild Islam. Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst- gegenwärtige Herausforderungen, Siegen 2006, S. 8

Noelle, E./Petersen, T.: Eine fremde, bedrohliche Welt, in: FAZ vom 17.5.2006, S.5

www.pro-nrw.org/content/view/121/23

-www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/mord-in-dresden-aus-antiislamischer-motivation/

Anmerkungen

1 Zitiert aus www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/mord-in-dresden-aus-antiislamischer-motivation/

2 Bild vom 13.9.2001

3 Die Woche vom 14.9.2001

4 Ebd.

5 Huntington, S.P.: Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1996

6 Vgl. dazu Ates, S.: Das Islambild in den Medien nach dem 11.September 2001, in: Butterwegge, C./Hentges, G. (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration, Wiesbaden 2006, S. 151-170, hier S. 165ff

7 Kural, U. Imago Turci – Antiosmanische Propaganda, in: Reulecke, J. (Hrsg.): Spagat mit Kopftuch, Hamburg 1997, S. 27-34, hier S. 27f

8 Naumann, T.: Feindbild Islam. Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst- gegenwärtige Herausforderungen, Siegen 2006, S. 8

9 Benz, W.: Vorwort, in: Ders. (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 17, Berlin 2008, S. 9-16, hier: S.9

10 Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Berlin 2007, S. 231

11 Heitmeyer, W./Mansel, G.: Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände, Frankfurt/Main 2007, S. 13-35, hier S. 29

12 Noelle, E./Petersen, T.: Eine fremde, bedrohliche Welt, in: FAZ vom 17.5.2006, S.5

13 www.pro-nrw.org/content/view/121/23

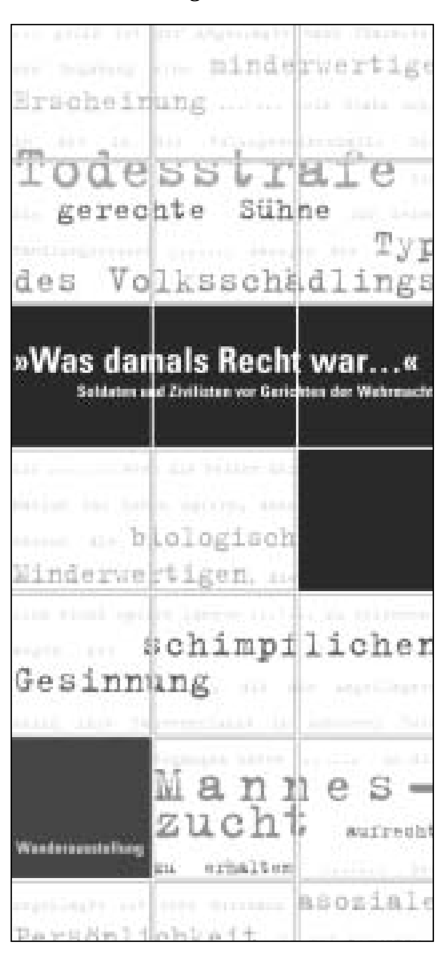
14 Häusler, A./Killguss, H.-P. (Hrsg.): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008, Köln 2008, S. 83

Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht

HAMBURG. Am 6. Juli wurde im Westflügel des Greve-Baus der Universität eine Ausstellung mit dem Titel „Was damals Recht war ...“ eröffnet. Sie wird im Foyer desselben Gebäudes noch bis zum 8. August gezeigt.

Schon der Titel verletzt offenbar empfindliche Gemüter (man könnte ergänzen: „noch heute“), wie sich dem Artikel in DIE WELT – ONLINE vom 7. Juli entnehmen lässt. Dieser macht mit dem bekannten Filbinger-Zitat auf, fasst es dann aber im Text nur mit spitzen Fingern an: „Als Motto der Ausstellung wurde der schwierige Zitatbeginn ‚Was damals Recht war ...‘, der eigentlich kontrovers endet mit ‚ ... kann heute kein Unrecht sein‘ gewählt. Es wird dem ehemaligen NSDAP-Mitglied und späteren Ministerpräsidenten Hans Filbinger zugeschrieben.“ Nicht nur, dass mit dem Ausdruck „zugeschrieben“ Distanz zwischen Filbinger und das genannte Zitat gelegt wird, sondern darüber hinaus wird Filbinger zu einem von Millionen NSDAP-Mitglied verharmlost; von dem „furchtbaren Juristen“ (Rolf Hochhuth), der als Marinerichter gegen einfache Soldaten mit Todesurteilen wütete, „bis alles in Scherben“ fiel, ist nun nicht mehr die Rede.

Auch die Eröffnungsveranstaltung war von solchen Peinlichkeiten nicht frei; sie betrafen allerdings nur den Justizsenator. Der Rede des Justizsenators Till Steffen kam eigentlich eine große Bedeutung zu, da die Ausstellung auf Initiative des ehemaligen Vorsitzenden des Hamburger Richtervereins nach Hamburg gekommen war.[1] (Vorher war sie schon in 11 Städten gezeigt worden.) Juristischer Sachverstand war das Mindeste, was von ihm zu erwarten gewesen wäre. Leider unterlief ihm die Peinlichkeit, dass er die Begriffe „Deserteur“ und „Kriegsverräter“ verwechselte. Dass dies in der journalistischen Berichterstattung immer wieder geschieht (z. B. in mehreren Artikeln der jungen Welt), macht die Sache nicht besser. Aufklärung hätte gerade in dem Punkt „Kriegsverrat“ bitter Not getan.



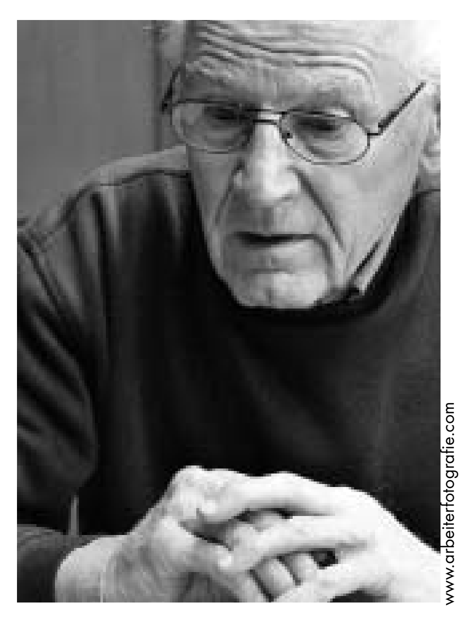
Der klassische Begriff von „Kriegsverrat“, der heute noch in vielen Köpfen spukt, lässt sich mit dem Beispiel des Athener Feldherrn Alkibiades illustrieren, der im Peloponnesischen Krieg (432-404) nach seiner fehlgeschlagenen abenteuerlichen Sizilienexpedition zu den Spartanern überlief und ihnen wertvolle Hinweise gab, durch die diese zeitweise bedeutende militärische Erfolge erzielen konnten. Auch heute noch könnte man die Wut Athener Bürger über Alkibiades verstehen. Zwischen diesem Beispiel und der NSMilitärjustiz ist kein Vergleich möglich:

Die gesetzlichen Bestimmungen gegen „Kriegsverrat“ waren in der NS-Militärjustiz zu einem reinen Repressionsinstrument gegen einfache Soldaten geworden. Hilfe für Juden oder Nichtanzeige von angeblichem „Kriegsverrat“ wurden als „Kriegsverrat“ verfolgt. Das alles ist spätestens seit den Forschungen des Historikers Wolfram Wette („Das letzte Tabu“) erwiesen.[2] Die „nicht auszuschließende Lebensgefährdung“, die angeblich von den „Kriegsverrätern“ der Wehrmacht für ihre Kameraden ausgegangen sei, von der bis zum heutigen Tag immer noch einige CDU-Bundestagsabgeordnete phantasieren, hat es in keinem Fall gegeben. Die „Kriegsverräter“ sind, im Gegensatz zu den Deserteuren, immer noch nicht rehabilitiert. (Dies soll noch nach der Sommerpause des Parlaments geschehen.)

Ludwig Baumann hat sich nicht darauf beschränkt, für die Rehabilitierung der Opfergruppe, der er selbst angehört – die der Deserteure – zu kämpfen, sondern er setzte sich, nachdem er diese (2002) erreicht hatte, weiterhin für die „Kriegsverräter“ ein.

In seiner Ansprache berichtete er über die Geschichte seiner Desertion, für die er zunächst mit dem Tode bestraft worden war. Er wurde über die Umwandlung des Todesurteils in Unkenntnis gelassen, musste an jedem Morgen seine Hinrichtung befürchten, wurde dann in das Wehrmachtsgefängnis Torgau gebracht, den Sitz des damaligen Kriegsgerichts. Nur durch das zweifelhafte „Glück“ einer schweren Erkrankung überlebte er den Zweiten Weltkrieg. (Von den „Kriegsverrätern“ überlebte keiner; sie wurden ausnahmslos exekutiert.)

Die Nachkriegszeit bis in die Zeit der


www.arbeiterfotografie.com

Friedenbewegung der 80er Jahre war für Ludwig Baumann eine Zeit der Demütigungen gewesen, die sein Leben fast zerstört hätte. Erst in den 80er Jahren wurden die Deserteure der Wehrmacht als Vorbilder entdeckt.

Es sollte aber noch bis zum Jahre 1990 dauern, bis er, zusammen mit 35 Männern und einer Frau die Organisation „Opfer der NS-Militärjustiz“ – spät, aber nicht zu spät – gründen konnte. 2002, als die Deserteure schließlich rehabilitiert worden waren, war das für Ludwig Baumann ein großer Erfolg, aber es gab auch einen großen Wermutstropfen dabei: Herta Däubler-Gmelin, die ehemalige SPD-Justizministerin, die das Anliegen der Deserteure unterstützt hatte, war inzwischen Mitglied eines Kabinetts, das Krieg gegen Jugoslawien geführt hatte. Die hiermit verbundene Enttäuschung dürfte Ludwig Baumann bis heute nicht verwunden haben; jedenfalls griff er die Politik der Kriegsparteien, die das Kabinett Schröder bildete, mit deutlichen Worten an. Seine Kritik dürfte dem grünen Justizsenator in den Ohren geklungen haben.

Abgesehen davon, dass seine Organisation für alle „Opfer der NS-Militärjustiz“ (sofern sie nicht Täter waren) kämpft, hatte Ludwig Baumann eine zusätzliche persönliche Motivation, sich weiter für die Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ einzusetzen, dadurch, dass er im Wehrmachtsgefängnis Torgau den „Kriegsverräter“ Johann Lukaschitz kennen gelernt

→

NPD verstärkt Aktivitäten für die Landtagswahlen

Am 30. August finden in Sachsen, Thüringen sowie im Saarland, am 27. September in Brandenburg Landtagswahlen statt. Mit besonderer Betonung auf Thüringen, wo die NPD auf den Einzug in einen dritten Landtag hofft, hat die NPD in diesen Bundesländern ihre Aktivitäten in den letzten Tagen deutlich verstärkt.

In Sachsen erläuterte nach dem offiziellen Wahlkampfauftakt der NPD am 27.6. mit der Zielangabe, 10 %+x Wählerstimmen erreichen zu wollen, Wahlkampfleiter Holger Apfel den vorgesehenen Materialeinsatz und das Landtagswahlprogramm. So ist geplant, bis zum 30.8. neben 80.000 Plakaten über zwei Millionen Zeitungen, 1,2 Millionen Themenflugblätter und mehrere hunderttausend Kandidatenflugblätter auf das Land niedergehen zu lassen. Im Mittelpunkt soll dabei die internationale Finanzmarktkrise mit ihren Auswirkungen auf Sachsen stehen. Das Landtagswahlprogramm ist mit „Arbeit, Familie, Heimat“ überschrieben und gliedert sich auf den 24 Seiten in die Kapitel „Zur politischen Ausgangslage im Sommer 2009/ Unser Ziel: Arbeit für alle Deutschen! Die Mittel der Krisenbewältigung: Staat und Nation! Die Familie gehört in den Mittelpunkt der Politik! Bildung und Kultur als Voraussetzung für Identität! Der Rahmen für unser Leben: Heimat bewahren! Umweltschutz ist Heimatschutz: Ohne Bauern stirbt das Land!“. Geplant ist auch eine spezielle Jungwählerkampagne mit einer neuen Schulhof-CD.

In Thüringen begann die NPD den Wahlkampf Anfang Juli mit provokatorischen „Mahnwachen“ vor den Moscheen in Erfurt, Jena und Nordhausen und am Eingang der Bahnhofstraße in Eisenach. Die ausländerfeindliche Akzentuierung des Wahlkampfes gegen „Überfremdung



und lslamisierung Thüringens“ soll der NPD die Stimmen als „Die Heimatpartei“ bringen. Die schon länger existierenden landespolitischen Vorstellungen der NPD wurden noch einmal über eine Pressekonferenz erläutert. Spitzenkandidat Frank Schwerdt, Landesvorsitzender und stellv. Parteivorsitzender der NPD, kündigte auch für Thüringen einen materialintensiven Wahlkampf an.

Für Erschrecken sorgte, dass die NPD das Rockkonzert „Rock für Deutschland“ am 11. Juli in Gera zum bisher größten Neonaziaufmarsch in Thüringen und Höhepunkt im Landtagswahlkampf nutzen konnte. Mehr als 4000 Rechte waren zu der Kundgebung nach Gera gekommen.

Ihren Aufwind bekam die NPD auch dadurch, dass die DVU im Vorfeld zu Gunsten der NPD auf die Wahlteilnahme verzichtete.

Mit scharfen Auseinandersetzungen zwischen NPD und DVU begann der Wahlkampf in Brandenburg. Am 27.6. erklärte der NPD-Parteivorstand, dass der eigentlich erst Ende 2009 auslaufende „Deutschlandpakt“ seine Geschäftsgrundlage verloren habe. Begründungen fanden sich im Gegeneinander beider Parteien bei Kommunalwahlen, im schwachen Abschneiden der DVU bei der Europawahl auch wegen zu geringem Einsatz materieller und personeller Mittel. Da nunmehr die DVU keine Chancen mehr hat, ein drittes Mal in den Brandenburger Landtag einzuziehen, bestätigte man den Antrag des NPD-Landesverbandes Brandenburg zum Wahlantritt am 27.September. Die DVU soll nach dem Willen der NPD auf eigenen Wahlantritt verzichten, höchstens einige Kandidaten auf die NPD-Liste entsenden, am besten aber sich auflösen und der NPD anschließen. Die scharfe Reaktion von DVU-Seite auf diese Erpressung ließ nicht auf sich warten und rief erneute Repliken hervor. Am 5.7. stellte ein Landesparteitag der NPD eine Liste von 23 Kandidaten für die Landtagswahl zusammen, auf den ersten Plätzen rangieren Landesvorsitzender Klaus Beier und sein Stellvertreter Ronny Zasowk, Platz 6 nimmt Stella Hähnel ein. Die NPD wirbt nun um 2000 Unterschriften zur Unterstützung, um sich offiziell anmelden zu können.

Newsletter Die Linke — BAG Rechtsextremismus / Antifaschismus, Antifa aktuell 7 / 09, Zusammenstellung: Dr. Roland Bach
Kontakt zur BAG: ag.rex@die-linke.de ■



Aufruf: http://antinazi.wordpress.com

→ hatte. Auf die SPD konnte Ludwig Baumann, als er sich weiter für die „Kriegsverräter“ einsetzte, nicht mehr zählen. Die SPD blieb lange uneinsichtig.

Die PDS/ DIE LINKE verfolgte hingegen zielstrebig die Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ und stellte entsprechende Anträge im Bundestag. Inzwischen ist die Mehrheit für ein Rehabilitierungsgesetz wohl sicher. Letzter unwürdiger Schlenker: Man möchte nicht einem Gesetzesantrag der LINKEN zustimmen. Ludwig Baumanns Position ist klar und eindeutig, und auch hier dürfte der Justizsenator zusammengezuckt sein: „Kriegsverrat“ ist auch heute noch eine Friedenstat für ihn.

Johann Lukaschitzs Hinrichtung konnte Ludwig Baumann nicht verhindern. Aber Schmach und Vergessen konnte er wenigstens, wenn auch erst Jahrzehnte nach seiner Ermordung, von ihm abwenden.

Lothar Zieske ■

Die Ausstellung wird vom 7. Juli bis zum 8. August im Westflügel der Universität Hamburg. Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg gezeigt. Öffnungszeiten: Mo-Fr 7 – 21 Uhr, Sa 7 – 15 Uhr. Der Eintritt ist frei.

1 Neben anderen Institutionen war außer der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ die „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ maßgeblich am Zustandekommen der Ausstellung beteiligt. Für sie sprach Uwe Neumärker.

2 Zu diesem Thema fand im September 2007 eine Veranstaltung von Wolfram Wette und Ludwig Baumann statt, über die ich für die „Lokalberichte Hamburg“ 21/07 (11.10.) einen Artikel geschrieben habe. – In seiner Rede am 6.Juli 2009 wies Ludwig Baumann darauf hin, dass alle erforschten Fälle von „Kriegsverrat“ in der Wehrmacht „moralisch-ethisch fundiert“ gewesen seien.

Analyse zur Wahl in Sachsen erschienen:

Erneuter Erfolg der NPD möglich, aber nicht sicher

Die Grünen in Sachsen haben eine ausführliche Analyse der Kommunalwahlergebnisse der NPD vorgelegt und blicken gleichzeitig auf die Landtagswahlen am 30. August 2009 voraus. Diese Wahl hat für die NPD eine elementare Bedeutung. So entscheidet sich hier vorerst, ob die NPD rechtsradikalen Akademikern eine langfristige Perspektive als Arbeitgeber bieten kann. Auch der interne Machtkampf in der Neonazi-Partei wird durch einen Erfolg oder Misserfolge neuen Schwung bekommen – da die NPD in Dresden den „Sächsischen Weg" beschreiten will – während die Parteispitze um Udo Voigt auf den „Deutschen Weg" setzt.

Dahinter stecken unterschiedliche Strategien im Auftreten, inhaltlich sind kaum Differenzen auszumachen.

Miro Jennerjahn arbeitet seit Jahren beim Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen und tritt für die Grünen bei der Landtagswahl an. In seiner Studie betont er, dass die Ergebnisse der NPD bei den Kommunalwahlen „sehr uneinheitlich" waren. Insgesamt sei das Wahlergebnis weit unter den Erwartungen der NPD geblieben. Der Ausgang der Kommunalwahlen lasse darauf schließen, dass ein erneuter Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag möglich, aber durchaus nicht gesichert sei.

Keine neuen Hochburgen

Der Autor betont, die NPD sei in einigen Regionen gut verankert. Ihre Wahlergebnisse seien in der Regel dort besser, wo sie zum wiederholten Male Kandidaten aufstellen konnte. Die NPD habe aber die Zahl ihrer Hochburgen nicht erhöhen können. Von einer flächendeckenden Präsenz sei sie noch weit entfernt.

Die NPD sei zudem auf gute Wahlergebnisse in den kreisfreien Städten angewiesen. Ihre letzten Resultate in Chemnitz, Dresden und Leipzig blieben für die Partei aber unbefriedigend. Wenn die NPD ihre Ergebnisse in den kreisfreien Städten nicht deutlich steigern könne, sei ihr Wiedereinzug in den Landtag gefährdet, heißt es.

Interner Streit um die Strategie

Erschwerend komme für die sächsische NPD hinzu, dass ihr vermeintlich „bürgerlicher" Kurs von militanten Freien Kräften abgelehnt werde. Die NPD sei aber auf deren Unterstützung angewiesen. Ihr Wahlkampf könnte durch diesen Konflikt beeinträchtigt werden. Außerdem konkurrierten bei der diesjährigen Landtagswahl mehr Parteien am rechten Rand als 2004.

Die NPD dürfte wichtige Stimmen an rechte Konkurrenten verlieren.

Die Studie kommt zu dem Fazit:

„Es ist bei weitem nicht ausgeschlossen, dass die NPD wieder in den Sächsischen Landtag einziehen kann. Umgekehrt gilt aber auch: Der Wiedereinzug der NPD ist noch lange nicht sicher! Jede Stimme für eine demokratische Partei am 30. August kann also ein Beitrag dazu sein, die NPD aus dem Landtag herauszuwählen."

http://npd-blog.info/2009/07/23/analyse-zur-wahl-in-sachsen-erneuter-erfolg-der-npd-moglich-aber-nicht-sicher/ ■

„2004 konnte die NPD davon profitieren, dass DVU und „Republikaner" nicht zur Landtagswahl antraten. Diesmal treten die „Republikaner" aber mit einer eigenen Landesliste an. Außerdem treten die Sächsische Volkspartei (SVP) des NPD-Renegaten Mirko Schmidt und die Freiheitliche Partei Deutschlands (FPD) an. Die Deutsche Soziale Union (DSU) konnte den Ex-NPD-Abgeordneten Klaus Baier ge-winnen und kann so diesmal auch als NPD-Konkurrenz gelten. Keine dieser Partei-en hat auch nur annähernd Chancen in den Sächsischen Landtag einzuziehen. Sie könnten in der Summe jedoch die entscheidenden Prozentpunkte kosten, die einen Wiedereinzug der NPD verhindern. Anhänger der DVU wiederum könnten diesmal der NPD verübeln, dass diese kurz nachdem die Landeslisten in Sachsen eingereicht werden mussten, den „Deutschlandpakt" mit der DVU, der gemeinsame Wahlabsprachen in den Ländern regelte, aufgekündigt hat."

VVN-BdA vorm Landgericht Nürnberg erfolgreich gegen den Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) darf weiterhin unverändert ihre Dokumentation „Über den Schutz für Kriegsverbrecher und über die Verharmlosung ihrer Taten durch den Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V." verbreiten.

Im Gebäude, in dem auch der Nürnberger alliierte Kriegsverbrecherprozess von 1945/46 stattfand, entschied sich der Präsident des Kameradenkreises, der Bundeswehroberst a.D. Manfred Benkel, dafür, der Fassung der VVN-BdA-Dokumentation nicht länger zu widersprechen, wie sie unter www.nrw.vvn-bda.dezu finden ist. Benkel war darin mit Aussagen zur nicht erfolgten Strafverfolgung für Angehörige der 1. Gebirgsdivision und anderer Edelweißabteilungen der Wehrmacht zitiert worden, die viele Medien veröffentlicht hatten, die er aber der VVN-BdA verbieten wollte. Das Nürnberger Landgericht, vor dem der Kameradenkreis eine einstweilige Verfügung gegen Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN- BdA, erwirken wollte, machte Benkel und seinem aus dem derzeit laufenden Münchner Scheungraber-Prozess bekannten Anwalt Rainer Thesen klar, dass sie mit ihrem Antrag gegen die VVN-BdA keine Chancen hätten. Darauf hin nahm Benkel seinen Antrag zurück und verpflichtete sich zur Zahlung sämtlicher Kosten des Rechtsstreis einschließlich der Kosten, die der VVN-BdA entstanden.



Das Verfahren war bereits das dritte in Serie innerhalb eines Jahres.

Seit Juli 2008 versucht der Kameradenkreis, der VVN-BdA und ihrem Bundessprecher Ulrich Sander einen Maulkorb zu verpassen, um Kritik am Kameradenkreis und seiner reaktionären Traditionsarbeit abzuwehren, die von der Bundeswehrführung gefördert wird. Jährlich treffen sich die Mitglieder des Kameradenkreises am Hohen Brendten bei Mittenwald zur Ehrung der Gebirgstruppenangehörigen, unter denen Kriegsverbrecher waren. Darunter solche,die seit 1952 den Kameradenkreis aufbauten und in der Bundeswehr Dienst taten. Der TV-Sender 3sat hat über diese Treffen kürzlich eine Sendung ausgestrahlt, in der er das „ Ehrenmal" am Hohen Brendten als Schandmal bezeichnete und Teile der VVN-Dokumentation übernahm. Die Unterstützung der Gebirgstruppentradition durch die Bundeswehrführung wurde immer wieder von Antifaschisten in Aktionen am Hohen Brendten verurteilt.

VVN-BdA NRW ■

Dokumentation siehe: http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0531_dokumentation.htm

Wir fliegen ohne Air Berlin in den Sommer!

BERLIN. Am 8. Juni 2009 wurden etwa 100 Menschen vom Flughafen Berlin-Schönefeld aus nach Vietnam abgeschoben. Für diese Massenabschiebung hat die Fluggesellschaft „Air Berlin“ das Flugzeug zur Verfügung gestellt. Die Internationale Liga für Menschenrechte und der Flüchtlingsrat Berlin rufen zum Boykott der Fluglinie auf: „Wir fliegen ohne „Air Berlin“ in den Sommer! Damit wollen wir erreichen, dass sich das Unternehmen künftig nicht mehr an Abschiebungen beteiligt. Bitte unterstützen Sie uns! Zeigen auch Sie „Air Berlin“ die kalte Schulter!

Von den nach Vietnam abgeschobenen Menschen lebten viele schon seit Jahren in Deutschland. Ihre Hoffnung auf eine Zuflucht und auf eine persönliche Perspektive wurde durch die Abschiebung zunichte gemacht. Eine solche Politik ist inhuman! Sie übersieht, dass in Vietnam grundlegende Menschenrechte verletzt werden. Gründe für eine Flucht gibt es also allemal. Eine engstirnige Politik in Deutschland und Europa sieht Einwanderung noch immer vor allem als Problem. Diese Politik ohne Moral, Sinn und Verstand macht aus Europa eine Festung. Ihr Abschottungsfanatismus nimmt in Kauf, dass Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Diese Politik entwurzelt ohne Not Menschen, die bemüht waren, sich ein Leben in Deutschland aufzubauen und stürzt sie dadurch in Not.

Das alles ist schon schlimm genug. Warum aber unterstützt eine Fluggesellschaft diese Politik?

Air Berlin erleichtert dadurch zukünftige Massenabschiebungen. Denn: wenn hierfür extra Chartermaschinen zur Verfügung gestellt werden, können die Menschen reibungsloser aus dem Land geschafft werden. In regulären Maschinen haben schon häufiger Flugpassagiere gegen Abschiebungen protestiert. Nicht selten weigerten sich Piloten, Menschen unter Zwang zu befördern.

Air Berlin macht sich zum Rad im Getriebe einer Polizeiaktion – mindestens 50 Angehörige der Bundespolizei „begleiteten“ den Abschiebungsflug vom 8. Juni 2009. Finanziert wurde die Aktion von der europäischen „Grenzschutz“ (besser: Abschottungs)-Agentur FRONTEX. Diese Agentur verfügt jährlich über Millionen Euro für die militärpolizeiliche „Grenzsicherung“ und offenkundig auch für solche „Abtransporte“.

„Air Berlin“ fordern wir daher auf, das Abschiebungsbusiness aufzugeben, ehe es richtig begonnen hat. Es könnte sich sonst als sehr geschäftsschädigend herausstellen. Wir sagen den Piloten von „Air Berlin“ und allen anderen Fluggesellschaften: Seid Sand, nicht Öl im Getriebe der Abschiebungsmaschinerie!“

Quelle; Internationale Liga für Menschenrechte - Flüchtlingsrat Berlin - Flüchtlingsrat Brandenburg 20.7.09 ■

Flüchtlinge in Griechenland: Situation spitzt sich zu

Den in Stockholm tagenden EU-Innenministern hat der Vizepräsident der EU-Kommission, Jacques Barrot, vorgeschlagen, Flüchtlinge aus Griechenland EU-weit zu verteilen. PRO ASYL begrüßt diese Initiative. „Deutschland darf nicht tatenlos zusehen, wie die Situation in Griechenland völlig außer Kontrolle gerät,“ so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. „Die unbürokratische Weiterleitung der in Griechenland festsitzenden Schutzsuchenden ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Solidarität.“

Zur Lage in Griechenland:

- Neueinreisende Flüchtlinge werden ausnahmslos inhaftiert. Die Haftzentren sind brechend voll. Nunmehr droht nach einer Gesetzesänderung eine Inhaftierung von sechs Monaten – bisher lag die Höchstdauer bei drei Monaten.
- Jetzt landen sogar Flüchtlingsfamilien zunehmend auf Dauer in der Obdachlosigkeit. In Athen vertreiben rechtsradikale Bürgerwehren Flüchtlinge und Migranten von öffentlichen Plätzen. Täglich finden Polizeirazzien statt. Asylsuchende werden willkürlich erneut inhaftiert.
- Dokumentierte illegale Abschiebungen in die Türkei häufen sich.
- Tausende minderjährige Flüchtlingskinder irren durch das Land: obdachlos, mittellos und schutzlos.
- Ende Juni hat die Regierung Karamanlis die zweite Asylinstanz abgeschafft. Künftig entscheiden ausschließlich Polizeidirektoren in den Regionen über Schutzgesuche.

Die Mitverantwortung der EU-Mitgliedstaaten für die desolate Situation liegt auf der Hand. Seit Jahren schieben sie die Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme den Staaten an der EU-Außengrenze zu und beobachten tatenlos, wie diese immer rücksichtsloser gegen Flüchtlinge vorgehen. Die EU steht in der Pflicht, u.a. die über 2.000 völlig auf sich allein gestellten Flüchtlingskinder aus Afghanistan zu schützen. Ist der griechische Staat unwillig oder nicht in der Lage, dies zu tun, dann muss Europa gemeinsam handeln. Die EU-Innenminister sind gefordert, einen Verteilungsmechanismus zu beschließen und besonders Schutzbedürftige nach humanitären Kriterien europaweit zu verteilen.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 16. Juli 2009 ■

Flüchtlinge in Europa
Länderinformationen

Man könne derzeit nicht davon ausgehen, dass Asylsuchende überall in der EU ein faires und effizientes Asylverfahren nach internationalen Mindeststandards erhielten. Das Beispiel Griechenlands habe dies der europäischen Öffentlichkeit deutlich gemacht. So äußert sich UNHCR in einer Pressemitteilung vom 30. Juni 2009 unter der Überschrift: „EU braucht mehr Asylqualität und -solidarität“. ... UNHCR hat die schwedische Ratspräsidentschaft aufgefordert, sich insgesamt um höhere Schutzstandards zu bemühen und bestehende Rechtsschutzprobleme zu lösen.“ Ein effektiver Zugang zum Asylverfahren auf EU-Gebiet müsse gewährleistet bleiben, betont UNHCR und spielt damit auf die Abschottungspolitik der EU auf hoher See und in Kooperation mit nord- und westafrikanischen Staaten an.

Türkei

Tausende von Flüchtlingen und Migranten sind von Griechenland in die Türkei abgeschoben worden. Dies berichtet Dorian Jones für die Deutsche Welle am 30. Juni 2009. Sie landen dort in Flüchtlingslagern wie dem Gaziosmanpasha Refugee Camp, eine Stunde nördlich von Istanbul. Keiner der mehreren hundert dort festgehaltenen Flüchtlinge will in der Türkei bleiben und jeder zusätzliche Abgeschobene trage zu einem in der Türkei weit verbreiteten Gefühl bei, die Türkei zahle hier für ein Problem der EU, so der Autor. Während die EU sich bisher in keiner Weise dabei engagiere, der Türkei bei der Versorgung von Migranten und Flüchtlingen zu helfen, habe sie Abgesandte geschickt, die sich mit den Lebensbedingungen in den Lagern beschäftigt hätten. Die Türkei versteht sich weiterhin nicht als Aufnahmeland von Flüchtlingen, sondern als Transitstaat.

Griechenland

In einem Ende Juni veröffentlichten Bericht hat das Antifolterkomitee des Europarates die katastrophalen Zustände in Lagern für „illegale Einwanderer“ in Griechenland kritisiert. Zum dritten Mal nach Inspektionsreisen in den Jahren 2005 und 2007 forderte das Komitee die Regierung auf, diese Missstände nunmehr umgehend zu beseitigen. Im September des vergangenen Jahres hatte eine Delegation griechische Gefängnisse, Aufnahmelager und Polizeigewahrsame inspiziert. Zahlreiche Inhaftierte berichteten dem Komitee von Polizeibrutalität. Einige wiesen akute Verletzungen auf. Erst auf Drängen von Mitgliedern der Delegation wurde ein Verletzter ins Krankenhaus gebracht. Der Bericht stellt

⟶

fest, dass von der Polizei Festgenommene in Griechenland Gefahr laufen, mit Schlägen, Tritten und Stockhieben eingeschüchtert zu werden.
Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Jacques Barrot, Kommissar für Justiz und Inneres, hat Ende Juni ein Aufnahmezentrum für „illegale Immi-granten“ auf der ostägäischen Insel Samos besichtigt und wurde dabei von dem griechischen Innenminister Prokopis Pavlopoulos begleitet. Zuvor hatte man Barrot auf einem französischen Marineschiff herumgeschippert, das im Rahmen von FRONTEX-Operationen in der Region tätig ist. Nach Gesprächen mit Inhaftierten kam Barrot zu dem merkwürdigen Schluss, dass man Lösungen in Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten, sowohl den Herkunfts- als auch den Transitstaaten suchen müsse, um die Probleme zu lösen. ....

Frankreich

Der französische Migrationsminister Besson hatte für seine Entscheidung, die Betreuung und Beratung der Abschiebungshaftgefangenen nicht allein in den Händen der allzu kritischen Flüchtlingsorganisation Cimade zu lassen, sondern auch andere Organisationen damit zu beauftragen, auch Kostengründe angeführt. Den Rechnungshof haben diese Gründe offensichtlich nicht überzeugt, denn er stellt u.a. fest: „Die geographische Aufteilung (auf verschiedene Organisationen, A.d.Ü.), die eine wirksamere Mittelausgabe bewirken soll, ist keiner vorangehenden detaillierten Analyse der Kosten und Vorteile im Hinblick auf die festgesetzten Ziele unterzogen worden.“

Im Abschiebungsgefängnis von Vincennes, in dem sich schon mehrfach Gefangene gegen ihre Bedingungen und die Abschiebungshaft selbst gewehrt hatten, hat am 30. Juni ein Hungerstreik aller Gefangenen begonnen. In den letzten 25 Tagen vor Beginn des Hungerstreiks hatte es in diesem Gefängnis fünf Selbstmordversuche gegeben. Die Forderungen der Hungerstreikenden sind u.a.: ... Schließung aller Abschiebungsgefängnisse und Regularisierung aller sans papiers (Quelle: E-Mail-Verteiler der sans papiers).

Spanien

Die spanische Immigrationsministerin hat öffentlich zugesagt, das spanische Strafgesetzbuch zu ändern und so klar zu stellen, dass humanitäre Organisationen nicht der Strafverfolgung ausgesetzt werden sollen, wenn sie irreguläre Migranten unterstützen. Nach dem bisherigen Artikel 53 Abs. 2 des spanischen Strafgesetzbuches ist die Hilfe für irregu-



www.arbeiterfotografie.com

Freispruch nach Flüchtlingshilfe

Herford. Freispruch für Pfarrer Berthold Keunecke: Mit dieser Entscheidung hat das Landgericht am Montag zumindest einen vorläufigen Schlussstrich unter das Strafverfahren gezogen.

Weil der Pfarrer drei Flüchtlinge in seiner Wohnung aufgenommen hatte, verhängte das Amtsgericht Herford im Dezember 2008 eine Geldstrafe von 2000 Euro gegen ihn – wegen Beihilfe zu unerlaubtem Aufenthalt. Dagegen legte der Geistliche Berufung ein. (siehe AN 14-09) Eine kurdische Frau und ihre beiden Töchter – damals 14 und 16 Jahre alt – hatten 2004 über das Bielefelder „Netzwerk Kirchenasyl“ Kontakt zu Keunecke aufgenommen: Nach Ablehnung ihres Asylantrags untergetaucht, hielten sie sich illegal in Deutschland auf.

„Ich habe drei Menschen in einer Notlage unterstützt – und nicht ihren illegalen Aufenthalt“, betonte Keunecke. Ihm sei es um die Würde der Flüchtlinge gegangen, die ohne seinen Beistand auf der Straße gestanden hätten. Die Mutter – krank und auch psychisch labil – habe aus Angst vor Repressalien durch die Polizei und möglicherweise auch durch die Familie ihres Ex-Mannes nicht in die Türkei zurückkehren wollen. Bevor er die Flüchtlinge in Herford aufnahm, hätten diese bereits im Untergrund gelebt. Nicht zuletzt auf seinen Rat hin sei die Kurdin schließlich doch in die Türkei gereist, schilderte Keunecke: Dort wollte sie ihren neuen Lebensgefährten heiraten und so auch ihren Aufenthaltsstatus legalisieren – ein Wunsch, der sich dann vor Ort allerdings nicht realisieren ließ.

Für den Pfarrer sei die Unterstützung der Flüchtlinge „eine Gewissensentscheidung als Christ“ gewesen, beantragte Verteidiger Sebastian Nickel Freispruch. Eine Verurteilung wäre verfassungswidrig: Geholfen habe Keunecke aus humanitären Gründen, nicht wegen finanzieller Vorteile. Unabhängig von der Unterkunft in Herford sei die Kurdin entschlossen gewesen, in Deutschland zu bleiben.

Staatsanwalt Torsten Polakowski sah das Amtsgerichtsurteil als richtig an, Keunecke wegen Beihilfe zu bestrafen: „Er wollte der Frau ermöglichen, hier zu bleiben, hat seine eigene Wertung über die des Gesetzgebers gestellt.“ Das aber sei hochproblematisch: „Es kann nicht sein, dass Leute sehenden Auges Gesetze brechen.“ Eine Einstellung des Verfahrens lehnte er ab.

Die Strafkammer entschied: Die Beratung der Kurdin durch Keunecke sei ebenso wie die Beherbergung keine Beihilfe zu unerlaubtem Aufenthalt, begründete Vorsitzender Rasmus Funk den Freispruch. Denn die Frau wäre auch ohne das von Keunecke bereitgestellte Zimmer in Deutschland geblieben. Und die geringfügige finanzielle Hilfe wertete die Kammer als „sozialadäquates Verhalten“. Funk stellte aber klar: „Gewissensentscheidungen sind nicht grundsätzlich straffrei.“

Die etwa 60 Zuhörer nahmen das Urteil mit Beifall auf. Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob sie Revision einlegen wird.

Quelle: Westfalen-Blatt vom 14.7.09 - flucht@nds-fluerat.org ■

Mustafa Alcali starb im Spinnennetz der Abschiebungsbetreiber

Frankfurt. Am 23.7.2009 wird der Facharzt für Psychiatrie, Heinrich W., in Frankfurt am Main vor Gericht stehen. Das Amtsgericht wird sich mit der Frage befassen müssen, welche Verantwortung der Arzt für den Suizid des Kurden Mustafa Alcali, der sich am 27. Juni 2007 mit Hilfe eines zerrissenen T-Shirts in Abschiebungshaft in der JVA Frankfurt am Main I erhängt hat, trägt. Angeklagt ist W. wegen fahrlässiger Tötung.

Der 30-jährige Mustafa Alcali, dessen Asylantrag abgelehnt war, hatte wenige Wochen vor seinem Tod versucht, sich auf offener Straße mit Benzin in Brand zu setzen. Er wurde daraufhin wegen Eigen- und Fremdgefährdung in die Psychiatrie Hanau eingewiesen. Trotz der vorläufigen Di-

agnose einer schizophrenen Psychose und des Hinweises der behandelnden Ärzte auf ein deutliches Suizidrisiko wurde seine Situation in der Folgezeit bagatellisiert. Der jetzt angeklagte Facharzt hat Alcali offenbar ein einziges Mal im Rahmen eines diagnostischen Gespräches gesehen. Ohne Rücksprache bei den vorbehandelnden Ärzten hielt er Alcali für gesund und wertete die dem Rechtsanwalt von Seiten des Klinikums Hanau mitgeteilte Diagnose und das darin attestierte Suizidrisiko als „Gefälligkeitsschreiben".

Auf die Anklagebank hätten nach Auffassung von PRO ASYL auch bürokratische Mittäter gehört, denn der Weg zur Fehldiagnose „keine Suizidgefahr" war ein langer. Außer einem willfährigen Arzt gab es ignorante Richter, die ihren Beitrag zur Katastrophe geleistet haben. „Wem einmal das Stigma des ausreiseunwilligen Ausländers angeheftet wird, der klebt im Spinnennetz der Abschiebungsbetreiber, die jeweils nur so viel wissen wollen, dass ihre Mission nicht gefährdet wird," so PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic. Die 3. Zivilkammer des Landgerichts Hanau z.B. wird mit dem Vorwurf leben müssen, sich bei der Zurückweisung der sofortigen Beschwerde gegen die Abschiebungshaft, in der Alcali saß, einseitig auf den Befund des jetzt angeklagten Facharztes gestützt zu haben. Warum dieser trotz fortgeschrittenen Pensionsalters als Konsiliararzt der JVA Kassel I wirken durfte, ist ebenfalls klärungsbedürftig.

Quelle: Presseerklärung 21. Juli 2009 Pro Asyl - flucht@nds-fluerat ■

Roma demonstrieren gegen ihre Abschiebung

Münster. Mit einer Demonstration haben Roma und einige ihrer Unterstützerinnen am 18.7. gegen die Flüchtlings- und Abschiebepolitik der Landesregierung in NRW demonstriert. Anlass der Demonstration sind die aktuell in Nordrhein-Westfalen laufenden und akut drohenden Abschiebungen von Roma in den Kosovo. Dazu gab es am 13.5.09 einen Erlass des Nordrhein-Westfälischen Innenministeriums, der den bisherigen Abschiebestopp für Minderheiten aus dem nun unabhängigen Kosovo aufhob. Alleine aus Münster sollen 302 Roma in Elend, Armut, Perspektiv- und Obdachlosigkeit abgeschoben werden. Ohne jegliche Lebensgrundlage im Kosovo sollen sie in dieses Land verfrachtet werden, dass sie zum Teil noch nie gesehen haben. Die betroffenen Roma haben in Münster schon lange ein neues zu Hause gefunden und müssen folglich endlich eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

In diesem Zusammenhang fordert der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, die europäischen Regierungen auf, Zwangsrückführungen von Minderheiten in das Kosovo zu vermeiden".

Die Rechtsberaterkonferenz fordert, den Betroffenen statt Deportationsandrohungen Aufenthaltserlaubnisse zu gewähren. Auch die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender Münster fordert, den teilweise seit 20 Jahren hier lebenden Flüchtlingen endlich ein dauerhaftes Bleiberecht zu geben. Im Rahmen der Demonstration am 18.7. startete die Aktion 302. Gemeinsam mit Amnesty international protestiert die GGUA Flüchtlingshilfe gegen die geplanten Abschiebungen der münsterschen Roma und fordert die Stadt und alle Münsteraner/innen auf, sich für ihre Nachbarn einzusetzen.Sie fordern:

Einen sofortigen Abschiebestopp für Roma und alle anderen Minderheiten nach Ex-Jugoslawien! Effektiven Schutz der Sinti und Roma vor rassistischer Diskriminierung und Verfolgung, überall! Ein dauerhaftes Bleiberecht für alle Roma

Quelle: Roma Virtual Network Veröffentlicht am 20.Juli 2009 ■

Grenzenlos glücklicher – Residenzpflicht abschaffen!

Mannheim. Die „Residenzpflicht" ist eine der bedeutenderen Sonderregelungen, die Flüchtlinge in Deutschland massiv in ihren Freiheitsrechten beschneiden und ihren Lebensalltag mit Einschränkungen und bürokratischen Schikanen belasten.

Schon der Begriff „Residenzpflicht" verschleiert das Ausmaß der Freiheitseinschränkungen. Es ist nämlich nicht so, dass lediglich ein fester Wohnsitz vorgewiesen werden muss. Asylsuchende und Geduldete sind vielmehr verpflichtet, ihren Wohnsitz in dem Stadt- oder Landkreis zu nehmen, der ihnen vom Bundesamt für Flüchtlinge und Migration für die Dauer des Asylverfahrens zugewiesen wurde. Damit nicht genug: Wollen die Flüchtlinge den Landkreis auch nur kurzzeitig verlassen, um zum Beispiel Verwandte zu besuchen, zum Arzt zu gehen, einzukaufen oder sich politisch zu betätigen, so sind sie unabhängig von der Wichtigkeit oder Dringlichkeit des Anlasses verpflichtet, dies vorher schriftlich zu beantragen. Wird dem Antrag stattgegeben, so fällt eine Gebühr von i.d.R. 10 Euro an – ein Viertel des Geldes, das Flüchtline monatlich zur Verfügung haben. Eine schikanöse Ablehnung solcher Befreiungsanträge ist an der Tagesordnung.

Da die „Residenzpflicht" von den zuständigen Ausländerbehörden meist sehr restriktiv ausgelegt wird, wird sie von den Betroffenen notgedrungen immer wieder „verletzt", was empfindliche Bußgelder nach sich zieht. Im Wiederholungsfall

läre Migranten ein schweres Delikt. Straffrei gestellt werden sollen jetzt Organisationen ohne geschäftliche Interessen.
Das spanische Ausländerrecht ist verschärft worden. Die maximale Dauer der Abschiebungshaft beträgt nun 60 statt 40 Tage. Sie wird in vielen Fällen weiter ausgedehnt, weil die Zeit, während derer ein Asylverfahren läuft oder anderweitige Abschiebungshindernisse geltend gemacht werden, nicht in die 60 Tage eingerechnet werden. Nach heftiger Kritik an dieser de facto-Ausweitung der Abschiebungshaft wurde diese Erweiterungsmöglichkeit auf 14 Tage limitiert.

Italien

Io non respingo – ich schiebe nicht zurück! Die Zurückschiebungen nach Libyen haben in Italien große Kritik hervorgerufen. Nicht nur der Vatikan und die UNHCR-VertreterInnen sowie sonstige NGOs kritisieren die Haltung der italienischen Regierung. Fortresseurope hat gemeinsam mit anderen Organisationen die Kampagne „Io non respingo" gestartet, die vom 10. Juni, der Anreise Ghaddafis, bis zum 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag, lief. Ein Auftakt fand vorab von einigen sizilianischen Organisationen am 23. Mai in Palermo statt, es wurden Unterschriften gegen die Zurückschiebungen gesammelt. In den 10 Tagen im Juni gab es über 100 Veranstaltungen in ganz Italien, Lesungen, Filmvorführungen, Diskussionen und Theaterimprovisationen.

Dänemark

Das rigide Arbeitsverbot, das in Dänemark für abgelehnte Asylsuchende gilt, führt dazu, dass für jeden der Betroffenen etwa 250.000 dänische Kronen (das entspricht etwa 33.585 Euro) im Jahr aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden müssen. Kritisch sieht die kostspielig erzwungene Untätigkeit auch UNHCR. Unter den Betroffenen sind viele, die auch auf absehbare Zeit hin nicht abgeschoben werden können.

Norwegen

Nichtregierungsorganisationen in Norwegen haben eine Entscheidung des Norwegian Immigration Appeals Board kritisiert, 16 Asylsuchende im Rahmen des Dublin-Verfahrens nach Griechenland zu überstellen. Die 16 stammen aus dem Irak, Somalia und Afghanistan. Die Anerkennungsquoten für diese Herkunftsstaaten in Griechenland liegen nahe bei Null. In Norwegen hätten die meisten von ihnen einen realisierbaren Anspruch auf Schutz.
Am 28. Mai haben norwegische Medien darüber berichtet, dass die Einwande-

rungsbehörde plane, palästinensische Asylsuchende nach Gaza abzuschieben, obwohl UNHCR erhebliche Bedenken geäußert hatte. Die Einwanderungsbehörde beruft sich auf die schwedische Praxis, nach der etwa 50 % der palästinensischen Asylsuchenden in Schweden abgelehnt und nach Gaza zurückgeschickt würden. Man werde deshalb in Kürze die notwendigen Maßnahmen angehen.

Schweden

In seinem Jahresbericht für das Jahr 2008 hat Amnesty International die Tatsache kritisiert, dass abgelehnte Asylsuchende in Schweden faktisch unbegrenzt in Haft gehalten werden. Dies habe auch schon das UN-Komitee gegen Folter kritisiert. Amnesty International bedauert auch den starken Rückgang positiver Entscheidungen, die irakische Asylsuchende betreffen. Dies ist ein Ergebnis der geänderten obergerichtlichen Rechtsprechung, die jetzt davon ausgeht, dass der Irak nicht mehr Austragungsort eines bewaffneten Konfliktes ist.

Großbritannien

Am 12. Mai 2009 wurden vermutlich etwa 60 abgelehnte irakische Asylsuchende aus London mit einem Charterflug nach Irakisch-Kurdistan abgeschoben. Es war die neunte Gruppenabschiebung innerhalb von 10 Monaten. Wegen des starken Widerstandes von Unterstützerorganisationen und Asylsuchenden gegen solche gewaltsamen Abschiebungen hatte man die Fluglinie und den Flughafen lange geheim gehalten.

Österreich

Heftiger Kritik sieht sich Österreich ausgesetzt, nachdem eine neue Runde der Verschärfung von Asylverfahrensregelungen die Rechte der Betroffenen weiter reduziert. Im Online-Informationsdienst Telepolis berichtete Roman Urbaner am 17. Juni 2009 über „Das sicherste Land der Welt“. Mitgearbeitet am Gesetz, das zum 1. Januar 2010 in Kraft tritt, hat neben der ÖVP-Innenministerin Maria Fekter der SPÖ-Verteidigungsminister (!). Die Unschuldsvermutung wird über Bord gekippt. Straffällige Asylbewerber sollen künftig umgehend in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Es genügt hier bereits die Anklage bzw. die Verhängung von Untersuchungshaft, um die Abschiebung auszulösen. Straffälligen kann bereits zuerkanntes Asyl nachträglich aberkannt werden. UNHCR kritisierte, die geplante Schubhaft werde Tausende unbescholtener Asylbewerber pro Jahr treffen, unter ihnen auch Minderjährige.

Quelle: PRO ASYL: Newsletter Nr. 149 Juli 2009

droht ein Strafverfahren mit bis zu einem Jahr Haft.

So wurde kürzlich der Flüchtling Felix O. vom Amtsgericht Bad Lobenstein wegen mehrfachen Verstoßes gegen die „Residenzpflicht“ zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Nun forciert die zuständige Ausländerbehörde zudem seine Abschiebung nach Kamerun.

Eine so massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit per Gesetz ist in Europa absolut einmalig. Ähnlichkeiten weist sie nur auf mit der Ausländerpolizeiverordnung von 1938 sowie mit Gesetzen, die Deutschland in seinen einstigen Kolonien (z.B. in Togo) einführte. Die Verfolgung und Bestrafung von Flüchtlingen mittels der „Residenzpflicht“ verstößt gegen Art. 13, Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, an die auch die Bundesrepublik gebunden ist, und ist damit eine Verletzung des Menschenrechts auf Freizügigkeit.

Wir unterstützen uneingeschränkt die Forderungen der selbstorganisierten Flüchtlingsorganisation The Voice und kämpfen gegen alle ausgrenzenden Sondergesetze für Flüchtlinge! Gemeinsam mit vielen betroffenen Flüchtlingen und MigrantInnen sowie der interessierten Öffentlichkeit werden wir gegen alle Formen diskriminierender Ausgrenzung ein sichtbares Zeichen in der Öffentlichkeit setzen.

Regionale Protestaktion am Samstag, 29. August 2009, um 16 Uhr auf der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen! Treffpunkte der Demonstrationszüge zur Rheinbrücke: Ludwigshafen, 14 Uhr: Bismarckstr. am Rathaus-Center (Lichttor) Mannheim, 14 Uhr: Planken (gegenüber Wasserturm)

Bündnis Grenzenlos glücklicher – Ein Tag ohne Residenzpflicht Weitere Infos unter: http://grenzenlos.blogsport.de ■

Sans Papiers droht erneute Räumung

Auf geräumige Großflächenbüros folgen gemütliche Einzelbüros. In vielen liegen Matratzen ausgebreitet, in anderen liegen Transparente mit frischer Farbe zum Trocknen ausgerollt. Im Obergeschoss hat man einen gigantischen Blick auf die Pariser Sacré Coeur-Kirche. Auf der zweiten Etage sitzen, an fast jedem Abend, mehrere Dutzend Personen zum Diskutieren zusammen, bis die Köpfe rauchen. Unterdessen pulsiert unten im Hof, unter dem Hangardach, das vor den Tropfen des Pariser Juliregens schützt, das Leben: Eine Reihe von Kindern hüpfen fröhlich umher, Frauen schwatzen, einzelne Männer fegen den Boden.

Diesen Anblick bot in den letzten Tagen das riesige Bürogebäude im nördlichen 18. Stadtbezirk von Paris, das aufgrund einer Immobilienspekulation seit einigen leer stand. Es gehört der Pariser Krankenkasse, die – in einem Kontext, wo die Sozialversicherungskassen gehalten sind, unbedingt Geld einzusparen – das sechsstöckige Gebäude für 36 Millionen Euro verkaufen möchte. Jetzt ist es, seit Freitag, dem 17. Juli, von Sans papiers, „illegalisierten“ Einwanderern, besetzt. Die mehreren hundert Männer und Frauen, mit einigen Kindern, stammen aus Tunesien, Senegal, Mali oder der Elfenbeinküste. Sie nehmen seit über einem Jahr an einer Streik-, Protest- und Besetzungsbewegung teil, mittels derer sie die „Legalisierung“ ihres zum Teil schon langjährigen Aufenthalts in Frankreich fordern. Seit längerem haben sie sich der Coordination des sans-papiers du département 75 (CSP 75, „Koordination der papierlosen Einwanderer des Pariser Stadtbezirks“) zusammengeschlossen. Ihr gehören derzeit rund 1.300 aktive Mitglieder an.

Unterstützt werden sie von einem Spektrum von Aktivisten, die unter anderem aus manchen Mitgliedsgewerkschaften des Gewerkschaftsverbands CGT, aus der Union syndicale Solidaires – einem Zusammenschluss mehrheitlich linker Basisgewerkschaften (SUD) –, der radikal linken Partei NPA oder auch aus den Grünen kommen. Allabendlich kommen mehrere Dutzend von ihnen vorbei, diskutieren über den Fortgang der Besetzung und mögliche Unterstützungsaktionen

Diese Situation ist radikal neu. Denn noch vor wenigen Wochen sah es so aus, als ob es statt Solidarität eher Konkurrenz gäbe: Seit vierzehn Monaten, seit dem Mai 2008, hatte die CSP75 die Pariser Bourse de travail, also das Gewerkschaftshaus, besetzt. Nicht dessen Hauptgebäude, sondern einen Nebenbau in der Rue Charlot, unweit des Platzes der Republik.

Die Situation hatte sich seitdem immer weiter verlängert und erwies sich auf die Dauer als „blockiert“, nach einem Ausdruck, der in der politischen und gewerkschaftlichen Linken verbreitet war.

Im Hintergrund stand ein objektives Dilemma: Die CSP75 warf vor allem

dem Gewerkschaftsbund CGT vor, die Situation bestimmter illegalisierter Einwanderer nicht ausreichend berücksichtigt und verteidigt zu haben, als sie ab dem 15. April 2008 und über mehrere Monate hinweg einen Streik der Sans papiers für die „Legalisierung“ ihrer Aufenthaltssituation anführte. Dahinter stand allerdings ein objektiver Unterschied in den Ausgangssituationen: Die aktiv durch die CGT verteidigten „Fälle“ illegalisierter Einwanderer betrafen migrantische Lohnabhängige, die meistens in mittleren bis größeren Betrieben beschäftigt waren, wo in aller Regel mehrere Sans papiers gleichzeitig beschäftigt waren. Vor diesem Hintergrund konnte die CGT mit „klassisch gewerkschaftlichen Mitteln“, insbesondere durch die Organisierung eines Streiks, erheblichen Druck auf die Arbeitgeber entwickeln – auf dass diese wiederum Druck auf die Ausländerbehörden (Präfekturen) ausübten, um die „Legalisierung“ des Aufenthalts der Betreffenden zu erreichen. Hingegen ist dies für eine Gewerkschaft dort ausgesprochen schwierig, wo sie nicht über ihre „klassischen“ Kampfmittel wie den Streik verfügt, etwa weil die betroffenen Beschäftigten in ihren Betrieben isoliert sind. Dies entweder, weil sie in Klein- oder winzigen Betrieben arbeiteten, oder aber weil sie die einzigen „Illegalen“ unter den Personalmitgliedern darstellten.



Aus diesem objektiven Dilemma ergab sich eine Konfliktsituation, die sich alsbald zum erbitterten, aber zäh hinter den Kulissen ausgetragenen Streit auswuchs. Die CGT-Sektion Paris griff mehrfach auf die Vermittlungsdienste des Conseil national des Maliens de France, einer traditionellen Repräsentationsstruktur der Staatsbürger des westafrikanischen Mali auf französischem Boden, aufbauen auf Honoratioren und quasi-feudale Autoritäten, zurück. Doch aufgrund der schwierigen Ausgangslage konnte das Problem nicht beigelegt oder aufgelöst werden. Unterdessen lebten 500 Personen – unter ihnen zahlreiche Frauen und Kinder – permanent, und bis zu 1.400 Personen zeitweise in dem besetzten Gebäude.

Am Ende beschloss ein Teil der CGT-Führung, diesem Zustand jäh ein Ende zu setzen: Am 24. Juni entsandte ihr Ordnerdienst ein Knüppelkommando von 60 Mann, die vermummt oder maskiert und mit Holzprügeln ausgestattet in dem besetzten Nebengebäude des Gewerkschaftshauses einfielen. Zum Zeitpunkt der Räumung fand eine öffentliche Demonstration der Sans papiers statt, und es hielten sich überwiegend Frauen und Kinder in dem besetzten Gebäude auf. Dass die verbleibenden Besetzer ihrer Verdrängung dennoch einigen Widerstand entgegen setzten, hatten diejenigen, die die Räumung durchführten, vielleicht so nicht erwartet.

Die hässlichen Bilder, die kurz darauf in Umlauf kamen, und die kritische Berichterstattung über die Aktion – die linksliberale Tageszeitung Libération, deren Redaktion sich in nur wenigen hundert Meter Entfernung befand, übte scharfe Kritik an der Räumung – riefen zahlreiche Reaktionen auch innerhalb der CGT hervor. Mitgliedsgewerkschaften des Dachverbands, von der Nationalen Journalistengewerkschaft SNJ-CGT bis zur Lehrergewerkschaft der CGT in Bordeaux, schickten empörte Schreiben und Resolutionen.

Am 14. Juli wurde durch die Presse bekannt, dass die Leitung des Dachverbands schon zu Anfang des Monats ihren – namentlich nicht genannten – „Sicherheits-Verantwortlichen“ daraufhin gefeuert habe.

Unterdessen campierten mehrere hundert Sans papiers weiterhin in der Nähe, unter freiem Himmel, auf den Trottoirs eines der Pariser Boulevards – dieses Mal direkt vor den Türen zum Hauptgebäude des Gewerkschaftshauses. Am vorletzten Freitag (17. Juli) rief die CPS75 dann ab 14 Uhr zu einer Kundgebung auf einem zentral gelegenen Pariser Platz auf. Im Anschluss daran zogen die mehreren Hundert Teilnehmer in den Pariser Norden, um dort im 18. Bezirk das leer stehende Krankenkassengebäude zu besetzen.

Den Tipp dafür gegeben hatte die CGT-Branchengewerkschaft im Reinigungsgewerbe (CGT du Nettoiement), die das prächtige Gebäude ausgemacht hatte. Im Vorfeld hatten Teile der CGT und zahlreiche Unterstützer die Sans papiers zu dieser „Verlagerung“ ihrer Besetzungsaktion ermutigt. Dass die neue Besetzung in dem früheren Krankenkassenbau stattfindet, hat sicherlich unterschiedliche Motive. Bei den als Unterstützern beteiligten Gewerkschaften spielt zweifellos auch eine Rolle, dass die Besetzung dort die Tätigkeiten im Pariser Gewerkschaftshaus wesentlich weniger beeinträchtigt als jene zuvor. Aber daneben ist auch zu beachten, dass das – riesige, saubere und leer stehende – Bürogebäude für eine Besetzung mit mehreren hundert Personen: Männern, Frauen und Kindern, die dort für einige Zeit leben werden, doch erheblich besser geeignet ist als die Gebäude des Gewerkschaftshauses.

Ferner erlaubt die „Verlagerung“ der Besetzung es, erheblich leichter Unterstützung bis tief in die CGT hinein zu mobilisieren. Dies passiert auch, allerdings glänzt ein Teil der CGT ebenso wie die französische KP in den Solidaritätsmobilisierungen bislang mit Abwesenheit.

Die Pariser Krankenkasse erhob eine Eilklage, um die – notfalls auch zwangsweise, polizeiliche – Räumung des besetzten Bürogebäudes zu erreichen. Dieses möchte sie für 36 Millionen Euro verkaufen. Am Freitag Vormittag (24. Juli) fand die Verhandlung dazu statt; das Urteil wird für Mittwoch Abend (29. Juli) erwartet.

Bernhard Schmid, Paris ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Die NPD ist der Blockadebrecher der antideutschen Politik"

So titelt eine Pressemitteilung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Eine vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg erstellte Studie „Die Sicht der Ostdeutschen auf 20 Jahre friedliche Revolution", für die 1900 Mitteldeutsche befragt worden waren, bestätigt nach Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender in Sachsen, den Kurs seiner eigenen Partei.

Holger Apfel: „Die neue Studie der Volkssolidarität zum Thema ‚Die Sicht der Ostdeutschen auf 20 Jahre friedliche Revolution' macht deutlich, wieso die NPD in Mitteldeutschland noch deutlich stärker ist als in Westdeutschland. Außerdem zeigt die Studie, daß die NPD zurecht von sich behauptet, der Blockadebrecher der volksfeindlichen Politik der Etablierten zu sein, denn alle die Positionen, die von den Altparteien beschwiegen, bekämpft und tabuisiert und von der NPD vertreten werden, finden auch einen deutlichen Rückhalt unter den Mitteldeutschen." … „Die Aussage, daß 40 Prozent der Befragten keine Zuwanderung mehr möchten, zeugt vom gesunden Menschenverstand der Befragten. Ein Blick nach Westdeutschland genügt ja, um sich das Schreckensbild einer ‚multikulturellen Gesellschaft' vor Augen zu führen. Die Umfrage zeigt damit auch: Die NPD-Forderungen nach Zuwanderungsstopp ist nicht ‚extremistisch', sie kommt mit guten Gründen aus der Mitte des Volkes."

Besonders erfreulich sei auch, „daß sich nur ein Viertel der Befragten überhaupt als Bundesbürger fühlen. Offensichtlich fühlt man sich in Mitteldeutschland noch in erster Linie als deutsch. Mit dieser Einstellung sind die Mitteldeutschen wie schon vor 20 Jahren die Vorreiter einer Entwicklung, an deren Ende ein gefestigtes Nationalgefühl stehen wird."

Die euphorischen Äußerungen könnten allerdings bald einen Dämpfer bekommen, denn so gut sind die Umfrageergebnisse der Sachsen-NPD nun auch wieder nicht. Der Wiedereinzug in den Landtag ist noch keineswegs sicher.

Quelle: PM NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

NRW: Köln, Duisburg und Gelsenkirchen ohne REPs

Neben „Pro"-Bewegung und NPD werden auch die REP in einigen Städten und Kreisen zur Kommunalwahl am 30. August in NRW kandidieren, allerdings bei weitem nicht flächendeckend. Wie der Landesverband NRW der „Republikaner" mitteilt, kandidieren die REP in Düsseldorf, Essen, Hagen, Hamm, Herne und Wuppertal, dem Landkreis Aachen, dem Märkischen Kreis sowie den Kreisen Minden-Lübbecke und Siegen-Wittgenstein. In diesen sechs Städten und Kreisen hatten REP-Vertreter bereits in der letzten Wahlperiode in den Kommunalparlamenten gesessen. Nicht mehr antreten werden die Republikaner in Köln, Duisburg und Gelsenkirchen, in denen ihnen 2004 noch der Einzug in den Stadtrat gelungen war.

Quelle: Homepage REP NRW

„Wir sind das Volk" - Unterschriften-Aktion

Auf ihrer Homepage hat die DVU eine Unterschriftenaktion „Wir sind das Volk" begonnen. „Trotz Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, trotz Ausländerkriminalität und explodierender Kosten für die Integration von Zuwanderern", steige deren Zahl zur Zeit wieder an, wird behauptet. Gleichzeitig müssten Deutsche ihre Heimat verlassen, weil sie für sich keine Zukunft mehr sähen. Mit der Aktion wolle sich die „Neue Rechte" – so die neue Eigenbezeichnung – an die politisch Verantwortlichen wenden. Die erhobenen Forderungen:

„– Die Unterzeichner verlangen eine offene Diskussion über die Frage der Zuwanderung. Gegner eines weiteren Zuzugs von Fremden dürfen nicht als „Nazis" diffamiert werden.

– Die Unterzeichner verlangen, dass die politisch Verantwortlichen über die Kosten der Einwanderung Rechenschaft ablegen und dass eine Berichterstattung über die Folgen der Multikulturellen Gesellschaft (Ausländerkriminalität usw.) nicht durch Politische Korrektheit verschleiert wird.

– Die Unterzeichner verlangen eine Volksabstimmung über die Frage, ob Deutschland weiter ein Einwanderungsland bleiben soll."

Offensichtlich will man sich ein moderneres Image geben mit solchen Online-Aktionen, weg von der Alt-Herren-Partei, was den Anhängern Raum gibt für einen ganzen Rattenschwanz von rassistischen Kommentaren, die man nachlesen kann.

Auch in Bezug auf das Bundestagswahlprogramm der „Neuen Rechten" gibt man sich diskussionsfreudig. Leser der Homepage werden dazu aufgerufen, sich bei der Erstellung mit Vorschlägen zu beteiligen. In den meisten Bundesländern hat die DVU inzwischen Listen zur Bundestagswahl aufgestellt. Bei den vorgezogenen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein will sie ebenfalls kandidieren.

Quelle: Homepage DVU

Demoverbot für Neonazis am 5. September in Dortmund? Worch klagt dagegen

Nachdem in den vergangenen Jahren der „nationale Antikriegstag" von den Behörden genehmigt wurde, hat die Polizei den diesjährigen Aufmarsch inzwischen verboten. Wie die rechte Internetplattform „Altermedia" meldet, wird Christian Worch das Verbot nun „schnellstmöglich vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen anfechten". Er werde dabei „durch zwei Rechtsanwälte die ebenfalls beste Erfahrungen im Bereich des Versammlungsrechts haben", unterstützt, heißt es. Worch kündigt an, dass er, „um für größtmögliche Transparenz gegenüber allen Kameraden und Demonstranten zu sorgen," die einzelnen Schritte im Rechtskampf um die Dortmunder Antikriegstags-Demonstration „so weit wie technisch möglich dokumentieren" werde. Eine Sonderseite zur Mobilisierung wurde ebenfalls eingerichtet.